

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 5. Juni 1925

Nummer 23

INHALTSVERZEICHNIS

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung	Rl.
Die Gemeinwirtschaft in der Elektrizitätsversorgung	Nattutat
Die Ferngasversorgung am Rhein	htz.
Bilder des Glends	F.
Das gute Bewerbungsschreiben	S. B.
Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Beamte • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Verbandsteil.	
Technik und Wirtschaft:	
Die Gasbeleuchtung und ihre Zukunft	* * *
Wirtschaftlichkeit der städtischen Wasserwerke Berlins	G.
Der Strom in der Haushaltswirtschaft	* * *



Schriftleitung: Emil Dittmer.

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzp'az 3105 06, 119 44



Betten aus prima dichtem Körper.
Langjährige Garantie. Katalog und Probe mit über 50 verschiedenen Typen frei. Unkosten oder Geld zurück. Versand unter Nachnahme.
Bettfabrik Nr. 1.05, 1.06, 1.07, 1.08, 1.09, 1.10, 1.11, 1.12, 1.13, 1.14, 1.15, 1.16, 1.17, 1.18, 1.19, 1.20, 1.21, 1.22, 1.23, 1.24, 1.25, 1.26, 1.27, 1.28, 1.29, 1.30, 1.31, 1.32, 1.33, 1.34, 1.35, 1.36, 1.37, 1.38, 1.39, 1.40, 1.41, 1.42, 1.43, 1.44, 1.45, 1.46, 1.47, 1.48, 1.49, 1.50, 1.51, 1.52, 1.53, 1.54, 1.55, 1.56, 1.57, 1.58, 1.59, 1.60, 1.61, 1.62, 1.63, 1.64, 1.65, 1.66, 1.67, 1.68, 1.69, 1.70, 1.71, 1.72, 1.73, 1.74, 1.75, 1.76, 1.77, 1.78, 1.79, 1.80, 1.81, 1.82, 1.83, 1.84, 1.85, 1.86, 1.87, 1.88, 1.89, 1.90, 1.91, 1.92, 1.93, 1.94, 1.95, 1.96, 1.97, 1.98, 1.99, 2.00.
Zentrale: Altes Rathaus, Bismarckstr. 10, 1000 Berlin.
Vertretung: W. Dittmer, G. m. b. H., Westl. V. 2

Von Würmern befreit

rasch und radikal der echte Herbaria-Worm-Tee. Er reinigt Darm und Magen von den jetzt massenhaft auftretenden Spul- (Eingeweid) und Maden- (Alter) Würmern, welche Kindern und Erwachsenen Säure und Kräfte auszehren, Mägen und Därme stören und an der Gesundheit große Schäden verursachen. Massenhafte Dankeschreiben bezeugen die radikalen Dauserefolge, selbst in jahrelangen Wurmliden, wo vieles erloschen war. Für Spulwürmer 1-2, für Madenwürmer 2-6 Pakete erforderlich. Paket 2,50 Goldm. Radikal-Bandwurmmittel 3 Goldm. Vertreibt Bandwürmer mit Kopf radikal in einigen Stunden. Versand gegen Voreinsendung des Betrages. Herbaria-Kräftigerparadies, Philippsburg 305 (Baden).

MÖBEL auf Teilzahlung

Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Küchen, Klavier, Einzelmöbel
in gediegener Qualität, noch billiger
M. Beiser, Berlin
in Berlin: Ledrigstr. 97 / im Osten: Frankfurter Allee 336.

Verbandsmitglieder
beziehen ihre Literatur
durch die Abteilung
Bücher und Schriften

Gesundheit schafft
Wacholdersaft
Laboratorium Selto, Dresden 16 B. Versand von 5-10 Liter bei 10,-, 20,-, 30,-, 40,-, 50,-, 60,-, 70,-, 80,-, 90,-, 100,-.
H. I. - Verkaufsstelle

Käse-Fabrik
Großhandel Import

Bestand von ca. 2500 Sorten, Schweizer, Bismarck, etc. etc. Ad. Lohr u. Co. 4 Pfl. 50 Pl. pr. 100. Wirtschaftliche, Edle u. ca. 6 Pfl. 60 Pl. pr. 100. Holländische, Edle u. ca. 15-25 Pfl. 65 Pl. pr. 100. Schweizer, sehr Edle, u. ca. 10-15 Pfl. 50 Pl. pr. 100. Frische, sehr gute, u. ca. 10-15 Pfl. 50 Pl. pr. 100. In Berlin: 14 Tage Tel. Gage 1918.

C. Armbruster, Altkalender Nr. 5 (Hohheide)

Musik in jedes Haus!



Sprechapparate etc. gegen kleine Anzahl, keine Raten. Großer Katalog frei. P. Götschalk, Köln 117, Luxemburger Str. 31

Gummi Saug, etc. hyg. Art. Preis, send, gratis, disk. Versand. Pharm. hyg. Industrie Medicin, Berlin 154, Potsdamerstr. 25 1.

Felix Fechenbach

Im Haus der Freudlosen
Bld. aus d. Zuchthaus Fechenbach im Vorwort: Lest dies Buch u. gleitet dann noch gedankenlos über Nachrichten von Zuchthausurteilen in Zeitungen weg - wenn ihr es könnt."
120 Seiten stark, Ganzleinenband, Preis 3,20 Mark
Zu beziehen durch die Abteilung Bücher und Schriften, Berlin SO 33, Schlesische Straße 42.

Nur die Nerven?

„Es sind in mir die Nerven“, hört man so oft sagen, wenn jemand über Kopfschmerz, schiefes Händezittern, Siefen in den Gliedern, Taubwerden einzelner Hautstellen, Zuden der Augenlider, lebhafte Verstimnungen und Angstzustände, innere Unruhe ohne besonderen Grund, Verdauungsstörungen bei der kleinsten Aufregung, Reizbarkeit und ärgerliche Stimmung morgens nach dem Aufstehen, Hautjucken, übermäßige Erregbarkeit, Zuckungen im Gesicht oder in den Gliedern, Kopfschmerzen, schwere Träume, blaue Ringe um die Augen, Stenosen, Schwindelanfälle u.s.m. klagt. Man hält dies für harmlose Zustände und achtet nicht darauf.
Diese Symptome sind durchaus nicht harmlos! Jede dieser so harmlos erscheinenden Beschwerden muß man unbedingt ernst nehmen. Alle ist möglich durch eine systematische Kräftigung der Nerven.

Man sollte aber rechtzeitig daran denken, nicht erst, wenn es fast oder ganz zu spät ist. Man kräftigt und füllt seine Nerven am besten durch eine Diät, welche dem ausgezehnten Körper seine Nährstoffe und die verbrauchten organischen, phosphorhaltigen Verbindungen in konzentrierter Form wieder zuführt. Es gibt allerdings viele solcher Präparate, vor denen wir aber nachdrücklich warnen, weil es sich in den meisten Fällen um Schwindschmuck handelt, die den armen Kranken nur das Geld aus der Tasche laden wollen. Man erweist sich daran, daß sie ihr Rezept ängstlich verschweigen. Dr. med. Robert Hahn's „Kerwin“ braucht keine Zusammenfassung vor niemand zu verheimlichen, es ist auf jeder Schachtel genau angegeben! Ihr Arzt wird Ihnen die Güte unseres Präparates bestätigen. Senden Sie unter Berufung auf diese Zeitung an Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Ragdeburg, Fa. Jn. 20, Ihre Adresse, und Sie erhalten vollständig kostenlos und portofrei eine Probeportion dieser nervenstärkenden Pastillen zugesandt, außerdem auch noch ein Buch, in welchem die Ursachen und die Heilung der Nervenleiden klar und verständlich geschildert sind. Schreiben Sie noch heute!

Rein oberseelscher Rauchtabak
Hilfsschnitt
3 Pfund für M. 2,-, 10 Pfund für M. 2,- franco Nachnahme.
Recht amerikanische Virginia-Bittermischung mit Java in Fein-, Mittel- oder Grobschnitt, p. Pfund M. 2,-. Alle Sorten verteuert. Muster gegen Voreinsendung von M. 2,- auf Postcheckkonto Nürnberg Nr. 7367.
Besold & Axinger, Tabakfabrik, Miltzingen a. Main
Gegründet 1868



„Komet-Freilauf“
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Empfehlenswerte Bücher!

Parvus
Ein Blatt der Erinnerung von Konrad Haenisch
Preis 2,50 Mark, gut gebunden

Der Prozeß des Reichspräsidenten
Bearbeitet von Karl Brammer, nebst juristischen Gutachten von Vizkanzler a. D. Friedrich von Payer, Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Gustav Radbruch, Reichsjustizminister a. D. Eugen Schiffer, Prof. Dr. Hugo Sinzheimer und and.
Preis 4,- Mark, in Halbleinen

Der Fascismus in Italien
von Kaminski und Matteotti
Preis 2,75 Mark, in Halbleinen

Die Finanzskandale des Kaiserreichs
von Kurt Heinig
Preis 2,50 Mark, in Halbleinen

Zu beziehen durch die Abteilung
Bücher und Schriften, Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Kredaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925



Obwohl über die allgemeine Zählung am 16. Juni an dieser Stelle („Gewerkschaft“ Nr. 16) schon eingehend berichtet wurde, ist es dringend notwendig, unsere Mitglieder auf die Bedeutung dieser Zählung aufmerksam zu machen, zumal unser Verband an der Gestaltung des Planes für die Aufbereitung der Zählung der Berufe, insbesondere der Betriebe, reichen Anteil genommen hat. — Diese allgemeine Zählung soll uns ein zuverlässiges Bild geben von der beruflichen, insbesondere sozialen Schichtung

des deutschen Volkes. Die Zahlen vom Jahre 1907, der letzten allgemeinen Zählung, sind völlig veraltet. Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, wieviel Erwerbstätige es im Deutschen Reich gibt, wie groß die Zahl der Arbeiter oder Angestellten ist, wie sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen, welches die zahlenmäßige Besetzung und die gegenseitige Bedeutung der einzelnen Berufe und Berufsgruppen im Rahmen der Gesamtwirtschaft ist.

Diese erste große allgemeine Volkszählung nach dem Kriege kann als die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit angesehen werden. Auf Grund dieser Inventuraufnahme werden alsdann die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in den Verhandlungen zu lösen sein. Zahlenmäßigen Tatsachen eignet höchste Beweiskraft.

Unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Zählungswerkes ist die sorgfältige und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch im eigenen Berufs- bzw. Organisationsinteresse. Für Steuer- oder andere Zwecke finden die ausgefertigten Zählungsbogen, laut Gesetz, keine Verwendung.

Die Unterlagen für die mit der allgemeinen Volkszählung verbundenen Berufs- wie Betriebszählung werden aus der sogenannten Haushaltungsliste gewonnen. Die Haushaltungsliste umfaßt 4 Seiten mit Rubriken wie den dazu erforderlichen Erläuterungen. Vor Ausfertigung der einzelnen Rubriken in der Haushaltungsliste sind die Erläuterungen genau durchzulesen, vor allem aber zu beachten. So haben zum Beispiel Streikende wie Ausgesperrte den Betrieb anzugeben, in dem sie vor dem Streik oder der Aussperrung ihren Beruf ausgeübt haben. Arbeitslose haben ihre Arbeitslosigkeit durch ein lateinisches großes A, vorübergehend Kranke durch AKr. kenntlich zu machen. Ebenso ist ev. Nebenberuf anzugeben, auch wenn dieser scheinbar nebenächlich erscheint. Nicht minder beachtlich sind auch die Fragen über Bodenbewirtschaftung durch Arbeiter, Angestellte oder Beamte. Hier handelt es sich um Feststellung der Zahl wie des Umfanges der

größtstädtischen Gärten, sog. Kleingärten (Schreibergärten).

Ganz besondere Beachtung ist der Frage nach dem Beruf zu schenken. Hier ist nicht der Sammelname, etwa städtischer Arbeiter, sondern Straßenreiner oder Feuerhausheizer oder Schaltbretwärter usw. anzugeben. Gleiches gilt für die Bezeichnung des Betriebes. Nicht Magistrat Berlin oder Rat der Stadt Leipzig oder Senat Bremen, sondern städt. Kanalverwaltung Berlin, oder städt. Friedhofverwaltung Leipzig, oder städt. Straßenbahn Bielefeld usw. Durch die Zählung soll nicht nur festgestellt werden, wieviel Arbeiter in kommunalen Betrieben tätig sind, sondern auch wieviel davon in Gaswerken, oder Wasserwerken oder Straßenreinigung, Parkverwaltung, den Krankenanstalten beschäftigt sind. Nur auf solche Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

Die statistische Bearbeitung der Berufszählungsfragen soll uns in Verbindung mit den Fragen nach Geschlecht, Alter und Familienstand eine Reihe wertvoller Einblicke in unsere heutigen beruflichen wie sozialen Verhältnisse gewähren. Sie soll uns ein Bild von dem Umfang der Erwerbstätigkeit überhaupt geben, von der zahlenmäßigen Besetzung der einzelnen Berufe oder Branchen, von ihrer Verteilung auf die Wirtschafts- bzw. Industriezweige, soll uns Aufschluß bringen, wieviel Männer und Frauen im Erwerbsleben stehen, wie viele Ehefrauen genötigt sind, eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit auszuüben, oder wie viele schulpflichtige Kinder schon ihr Brot verdienen müssen.

Die Berufstatistik betrachtet aber nicht nur das einzelne Individuum, sie schreitet weiter zu den Familien und Haushaltungen. Sie gliedert die Familienhaushaltungen zunächst nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes und zeigt dann, wie groß die einzelne Haushaltung ist, wie viele ihrer Mitglieder Selbstverwerber sind und wieviel Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, auf welche Familien und welche sozialen Schichten Hausangestellte entfallen und welche gezwungen sind, fremde Personen in ihren Haushalt als Mieter, Schlafgänger usw. aufzunehmen.

Wenn die Ausfertigung der einzelnen Rubriken in der Haushaltungsliste auch eine gewisse Mühe macht und Aufmerksamkeit erfordert, so liegt eine genaue Beantwortung der gestellten Fragen doch im eigensten Interesse jeder einzelnen Angestellten- und Arbeiterkategorie.

Wie notwendig die Gewinnung eines genauen Bildes, insbesondere der Zahl der Beschäftigten in kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben wie deren Berufszugehörigkeit ist, weiß jedes Verbandsmitglied, das die Eigenart der öffentlich-rechtlichen Betriebe kennt als auch über die Bedeutung dieser Art Betriebe im Wirtschaftsleben orientiert ist.

Nachwuchs

Es nützt nichts, totes Land zu pflanzen,
verlorene Mühe, verlorene Zeit und Kraft
Der Same bleibt am Boden liegen,
Aus dürrer Scholle saugt kein Aeren den Saft.
Die Jugend ist die Adertume,
den unser Hafer gut gedeiht,
der junge Nachwuchs sei die Blume,
der sich des Zukunftsgärtners Pflege weicht.
O steigendes Geschlecht von morgen,
dich zur ich freudig ans ersehnte Ziel:
Nach keimst du still und halbverborgen,
doch wo du sprichst, wässerte der Nil:
Der heilige Nil der neuen Lehre,
der Liebe schäpferischer Mut — —
Vor meiner Seele zittert Ahe' an Ahe,
ferngolden raucht der Halme hohe Stüt.

Karl Dendoll

Die Gemeinwirtschaft in der Elektrizitätsversorgung

Als der Physiker Luigi Galvani am 6. November 1789 seine für die Erkennung und Ausbildung der elektrischen Naturkraft so wichtige Beobachtung an über ein eisernes Gefänder gehängte Froschschenkel machte, die bei Berührung desselben in zuckende Bewegungen gerieten, war niemand imstande, die Tragweite dieser Entdeckung zu erkennen. Es dauerte auch noch geraume Zeit, ehe man daraus praktische Folgerungen abzuleiten vermochte. Ihre erste größere Bedeutung erlangte die Kenntnis der Erzeugung elektrischer Ströme wie ihrer Wirkungen mit der Konstruktion des elektromagnetischen Telegraphen durch die Physiker Gauss und Weber, denen es 1832 gelang, zwischen ihrem physikalischen Laboratorium und der Sternwarte in Göttingen mittels einer 1 Kilometer langen Drahtleitung eine gute Verbindung zu erzielen. Aus diesem Versuch entwickelte sich im Laufe der Jahre das gewaltige, den ganzen Erdball umspannende Telegraphennetz. Ihm folgte 1860 die Erfindung des Telephons, später der drahtlosen Telegraphie.

Die Grundlage eines weiteren Zweiges der Elektrizitätstechnik schuf Werner Siemens im Jahre 1867 durch die Entdeckung des Dynamo elektrischen Prinzips, dem die Dynamomachine ihr Dasein verdankte. Sie machte die Erzeugung starker elektrischer Ströme möglich, die besondere Eigenschaften in ihrer Licht- und Wärmewirkung zeigten. Im Jahre 1882 wurde von Rathenau die erste Glühlampenbeleuchtung vorgeführt und schon im folgenden Jahre erfolgte die Gründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin als erstes großes Industrieunternehmen zur Herstellung von Dynamomachines, Glüh- und Bogenlampen und aller zur Installation solcher Anlagen nötigen Materialien. Zur gleichen Zeit wurde die Frage der elektrischen Kraftübertragung gestellt und auf der Münchener Ausstellung 1882 durch einen Elektromotor vorgeführt, der von einer Dynamomachine mittels einer 60 Kilometer langen Drahtleitung betrieben wurde.

Bereits im gleichen Jahre entstand im Schwarzwald das erste Elektrizitätswerk, das zugleich als erste Ueberlandzentrale bezeichnet werden kann. Weitere Anlagen größeren Stils folgten bald an anderen Orten. Zahlreiche Verbesserungen steigerten die Leistungsfähigkeit der Werke sowie die Anwendung der Elektrizität im privaten, industriellen und öffentlichen Gebrauch, womit auch die Zahl der Stromerzeugungsstellen schnell anwuchs. Im Jahre 1891 waren in Deutschland erst 30 Elektrizitätswerke mit 8000 Kilowatt Gesamtleistung vorhanden. Bis 1900 stieg ihre Zahl auf 600 Werke mit 250 000 Kilowatt und 11 000 Pferdekräfte und in den folgenden Jahren bis 1914 auf 4100 Werke mit 2 400 000 Kilowatt und 1 900 000 Pferdekräfte. Die Leistungen für die Motoren der Straßenbahnen eingerechnet, ergab sich sogar eine Gesamtleistung von rund 8 Millionen Pferdekräfte. Diese Entwicklung wurde zwar durch den Krieg unterbrochen, schreitet aber gegenwärtig wieder rüstig vorwärts, wozu besonders die Bemühungen um Gewinnung und Ausnützung der vorhandenen deutschen Wasserkräfte beitragen.

Empfindend hat auch die Stromversorgung eine fortgesetzte zunehmende Ausdehnung erfahren. Versorgt wurden 1896 2160 Ortschaften mit 8 Millionen, 1914 17 500 Ortschaften mit 50 Millionen Einwohnern. Das ist zweifellos eine sehr erhebliche Zunahme. Dennoch gelten diese Zahlen, wie groß noch das Gebiet ist, das der Stromversorgung offen steht. Die bis jetzt versorgten Ortschaften bilden nur 21 Proz. aller in Deutschland vorhandenen Orte, von denen lediglich die 3700 städtischen Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern reiflos in die Stromversorgung einbezogen wurden. Dagegen sind von den rund 73 000 ländlichen Gemeinden erst 13 300 = 18 Proz. der Stromversorgung angeschlossen. Diese kritische Ausdehnungsmöglichkeit neben der noch vorhandenen ungenutzten großen Verwendungsfähigkeit des elektrischen Stromes im gemeinwirtschaftlichen Sinne auszunutzen und sie nicht dem Privatkapital zu überlassen, liegt im allgemeinen Interesse.

Die ersten Elektrizitätswerke befanden sich ausschließlich in privaten Händen, doch singen auch die Gemeinden sehr bald an, derrartige Anlagen zu errichten. Selbst mittlere und kleinere Gemeinden beteiligten sich hieran, mußten dabei aber oft sehr schlechte Erfahrungen machen. Die großen Elektrizitätskongerne banden zahlreiche kleine Werke auf Spekulation, um sie zu teurem Preise den Gemeinden aufzuhängen. Zu ihrem Schaden bemerkten diese erst nachträglich, daß ihre kleinen Werke den großen Privatbetrieben gegenüber nicht leistungsfähig waren, die sich schon durch ihren größeren Ausbreitungsbezirk in der Lage befanden, ihren Abnehmern günstigere Bedingungen für den Strombezug zu bieten. Diese Erfahrungen trugen auch hier wie auf anderen Gebieten dazu bei, den kommunalen Eigenbetrieb als unzweckmäßig erscheinen zu lassen, was häufig zu gemischt-wirtschaftlichen Zusammenschlüssen veranlaßte.

Erst in neuerer Zeit trat hierin eine Wendung ein, indem sich die Gemeinden für die Zwecke der elektrischen Stromversorgung vereinigten. Es befanden an Elektrizitätswerken:

	1901	1907	1911
Einzelunternehmen	260	560	1083
A. G. und G. m. b. H.	284	592	557
Genossenschaften	7	29	171
Kommunale Werke	195	470	703
Werke von kommunalen Verbänden	4	13	22
Staatliche Werke	—	—	31

Von der Gesamtzahl der vorhandenen Werke waren hiernach 63,1 Proz. in privatem Besitz, darunter viele kleine und kleinste Betriebe, aber auch größte Werke mit ausgedehnten Leistungsnetzen. Ein erheblicher Teil dieser Werke befindet sich in Händen großer Kongerne, die durch sie die Kraftzeugung und Kraftverteilung für weite Gebiete monopolistisch beherrschen. Auf die genossenschaftlichen Betriebe entfielen 6,8 Proz. Ueberwiegend waren sie landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften angegliedert und von keiner besonderen wirtschaftlichen Bedeutung. Der Anteil der städtischen Werke betrug 20,5 Proz., der Landgemeinden 7,9 Proz., der gemeinsamen kommunalen Betriebe 0,9 Proz. und der des Staates 1,4 Proz. aller elektrischen Kraftzeugungsstellen.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat hierin zugunsten der kommunalen und sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen eine Verschiebung eintreten lassen, die sich in der Hauptfache in der Richtung einer Ausdehnung ihres Lieferungsgebietes bewegt. Daneben haben die gemischt wirtschaftlichen Unternehmungen an Ausdehnung gewonnen. So hat sich z. B. im Jahre 1908 das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt, an dem 16 Städte und Kreise mit 30 Proz. des Aktienkapitals beteiligt sind, die in den aus 24 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat der Gesellschaft 14 Vertreter entsenden. Der kommunale Einfluß auf die Betriebsleitung und Geschäftsabbarung ist damit gesichert. Gleichwohl kann dieses Beispiel nur da zur Nachahmung anregen, wo eine andere Betriebsform sich aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen als unmöglich erweist, oder eine Kommunalisierung auf anderem Wege nicht erreicht werden kann.

Einer der hervorstechendsten Mängel der bisherigen Elektrizitätsversorgung ist ihre Zersplitterung in zahlreiche kleine und kleinste Betriebe, die von weitgehender Verzweigung von Brennstoffen, Kraft und Material begleitet ist und eine volle Ausnützung der natürlichen Kraftquellen, der Wasserläufe, verhindert. Das Reichsgesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1910 bahnt hierin ähnlich wie in anderen Staaten eine Aenderung und Besserung an. Es schreibt die Bildung von Körperchaften und Gesellschaften unter Führung des Reichs zur Erzeugung und Fortleitung von Elektrizität vor, wobei gleichzeitig dem Reiche die Befugnis zugestanden wird, das Eigentum oder die Ausnützung von Anlagen, welche zur Fortleitung von elektrischer Energie in einer Spannung von 50 000 Volt und mehr bestimmt sind, ferner das Eigentum von privaten Werken mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 KW. und mehr sowie Rechte an Wasserkräften zur Erzeugung elektrischer Energie von 5000 KW. und mehr zu übernehmen, soweit sie nicht überwiegend dem eigenen Betrieb dienen. Desgleichen ist auch das Reich zur Uebernahme gemischt wirtschaftlicher Unternehmungen berechtigt, bei denen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände mit über 25 Proz. beteiligt sind, sofern sie die betreffenden Anlagen nicht selbst übernehmen wollen. Das Bestehen dieses Gesetzes erfordert, im Reichstage, den Landtagen wie den Gemeinden alle Kräfte darauf einzustellen, es zur Anwendung und Durchführung zu bringen.

Das ist um so mehr geboten, als Deutschland durch die ihm auferlegten Kriegslasten gezwungen ist, seine Produktion wie die ihr dienenden Kräfte zu steigern. Deshalb darf es in der Ausnützung seiner Kraftquellen hinter anderen Ländern nicht zurückbleiben. In England befinden sich 56 Proz. aller Elektrizitätswerke im Besitze der Gemeinden. Der norwegische Staat schickt sich an seine reichen Wasserkräfte auf das Intensivste auszunutzen. Die Niederlande wenden der nationalen Versorgung des Landes mit Elektrizität die größte Aufmerksamkeit zu. Italien beugt der Zersplitterung der auf elektrischem Wege zu gewinnenden Kräfte durch staatliche Konzeffionierung vor. Die schweizerische Bundesregierung beabsichtigt eine planmäßige Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung. Das nötigt Deutschland zu ähnlichem Vorgehen.

Patatut.

Die Ferngasversorgung am Rhein

In den Jahren 1910—1913 spielte das Problem der Ferngasversorgung eine große Rolle. Die Städte Barmen, Solingen, Remscheid, Hückelhaid, Essen und andere mehr haben in diesen Jahren die eigenen Gaswerke stillgelegt und Zehngas bezogen. Im Jahre 1912 versuchte das Ruhrkapital gleichzeitig auch die Gasversorgung im Mannheimer Gebiet zu bekommen. In der Nähe von Mannheim sollte eine Kokerlei errichtet werden und von da sollte die Stadt Mannheim und Heidelberg mit Kokerreigas versorgt werden. Dieser Plan wurde durch die Wachsamkeit der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion in Mannheim vereitelt, weil sich der Bezug von Kokerreigas teurer als die Eigenproduktion gestaltete.

Die obengenannten Städte haben mit der Ferngasversorgung auch unangenehme Erfahrungen gemacht. Die Stadt Barmen ist bevorzugter Abnehmer von Zehngas. Sie hat im Jahre 1918 vier Tage lang, 1919 vierundzwanzig Tage lang, 1920 an achtzehn Tagen und 1921 an vier Tagen überhaupt kein Gas erhalten. Im Jahre 1919 wurde 47 Tage lang nur Wassergas geliefert. Hieran gemessen, kann man sich leicht ein Bild machen, wie es in Schwelm, Solingen, Hückelhaid usw. mit der Gaslieferung ausgefallen hat.

Für die Industrie, die mit ihrem Betrieb auf Gas eingestellt ist und Gas von nur der gleichen Qualität gebrauchen kann, sind die Störungen geradezu katastrophal. Nach einem Vertrag sollten die Gemeinden das Zehngas mit einem Heizwert von 4700 Wärmeinheiten erhalten. Es ist vorgekommen, daß die Stadt Barmen das vom Thyssenkonzern bezogene Gas mit 4700 Wärmeinheiten hat registriert bekommen, während das Gaswert in Barmen selbst nur 4000 Wärmeinheiten gemessen hat. Im gleichen Tage haben die Städte Oberhausen und Wesel ebenfalls nur 4000 Wärmeinheiten gemessen, während sie das Gas mit 4700 Wärmeinheiten registriert bekommen haben. In solchen Fällen ist nicht nur die Stadt benachteiligt, sondern die Konsumenten sind direkt betrogen, denn sie müssen das minderwertige Gas als vollwertig bezahlen.

Aus diesen und anderen Gründen ist es auch zu verstehen, warum sich die an den Zehnen liegenden Städte Bochum und Gelsenkirchen wiederholt mit dem Neubau eigener Gasanstalten beschäftigt haben. Während der Kriegsjahre haben die Entkommunalisierungsbestrebungen ruhen müssen. Aber gleich nach Beendigung des Krieges hat das Ruhrkapital den alten Plan wieder aufgegriffen und versucht das in Mannheim gescheiterte Projekt in anderer Weise zur Ausführung zu bringen. Bereits im Jahre 1921 begannen die Verhandlungen über die Gasfernversorgung. Thyssen will längs des Rheines von Köln bis Mannheim Kokerleien errichten und die Städte mit dem erzeugten Gas beliefern. Vorbedingung hierfür ist, daß die Städte ihre Gaswerke stilllegen. Zunächst sollte die Stadt Bonn, die den Neubau eines Hafens plante, eine solche Kokerlei bekommen. Das von der Kokerlei erzeugte Gas sollte Bonn aufkaufen und als Zwischenhändler das sogenannte Hinterland Godesberg, Beuel, Honnef, Königswinter und andere Gemeinden mehr mit Gas versorgen. Dieses Projekt wurde fallengelassen, weil aus dem Hafenbau in Bonn nichts wurde. Der Hafenneubau der Stadt Köln bot für den Thyssenschen Plan neue Möglichkeiten. Die im Hafengelände vorgesehene Kokerlei soll die Stadt mit Gas versorgen. Von Köln aus soll das Hinterland mit Kokerreigas versorgt werden. Im Jahre 1923 wurden die Verhandlungen einmal abgebrochen, weil die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft auf Grund eines im Jahre 1910 abgeschlossenen Vertrages die Gasversorgung des rheinischen Gebietes durch Thyssen beanstandete. Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft hat ihren Einspruch für das linksrheinische Gebiet wieder zurückgezogen, hält aber ihren Einspruch für das rechtsrheinische Gebiet aufrecht. In dieser Zeit hat sich auch eine Ferngasversorgungsgesellschaft gebildet. Vorstehend dieser Gesellschaft ist der Generaldirektor Fräulein der städtischen Werke in Köln. Diese Gesellschaft sucht nun den Boden für den Thyssenschen Plan vorzubereiten, indem sie Verträge mit den im Bereiche der künftigen Gasfernversorgung liegenden Gemeinden abschließen und darüber wachen, daß diese Gemeinden, soweit sie eigene Gaswerke haben, diese nicht etwa der Zeit entsprechend modernisieren. Tatsächlich haben die meisten Gemeinden, die mit der Ferngasversorgung gerechnet haben, auf Grund der Verhandlungen ihre Gaswerke nicht erneuert. Dadurch sind die Werke zum Teil veraltet, entbehren der technischen Neuerungen und produzieren dadurch erheblich teurer als modern eingerichtete Gaswerke.

Zu diesen technisch zurückgebliebenen Werken zählt auch das größte Werk im Rheinland, das Gaswerk Köln-Ehrenfeld. Hier besteht seit 1920 ein Vertikal-Kammerofen mit 5 Kammern, als Versuchsobjekt. Sonst hat das Werk Vertikal- und Schrägretorten-

fen. An den Schrägöfen ist seit 1919 nichts erneuert. An den Vertikalöfen sind 1922 und 1923 keine Neubauten vorgenommen worden. Im Jahre 1924 wurde ein Block Vertikalöfen mit neuen Retorten versehen. Andere verhältnismäßig kleinere Werke haben inzwischen Kammeröfen eingerichtet, haben also die technischen Neuerungen ausgenutzt, während das Gaswerk in Köln anscheinend verfallen und unrentabel werden muß, um später den Bezug von Kokerreigas zu erleichtern. Denn, soweit ist sicher, werden in dem städtischen Gaswerk nicht bald neue Öfen errichtet, dann dürfte das Werk in zwei Jahren nicht mehr instand sein, den Gasbedarf für Köln zu liefern. Köln hat seine Kasse, den Grüngürtel bekommen, aber der Ausbau des Gaswerkes der Zukunft entsprechend ist unterblieben. In zwei Jahren soll der Kölner Hafen fertig sein. Um diese Zeit wird Thyssen seine Kokerlei in das Hafengelände bauen, dann wird man der Bürgerschaft vor demonstrieren, daß das Gaswerk nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Man wird so versuchen, das eigene Gaswerk stillzulegen und den Bezug von Kokerreigas empfehlen. Der Bürgerschaft wird man vielleicht den Plan schmackhaft zu machen versuchen, indem man dem Konsumenten den Kubikmeter Gas um 4 Pf. billiger in Aussicht stellt. Das größte Gaswerk des Rheinlandes wäre damit dem Ruhrkapital ausgeliefert und so der Entkommunalisierung der Gasversorgung im Rheinlande Tür und Tor geöffnet, denn nach Köln würden Bonn, Godesberg, Koblenz und andere Orte folgen. Es ist noch zu verstehen, wenn die an den Zehnen liegenden Städte, wie Essen, Oberhausen u. a. Kokerreigas beziehen. Im Rheinland sollen aber die privaten Unternehmungen erst gegründet werden, zum Nachteil der kommunalen Gasversorgung. Thyssen sichert den Gemeinden einen gewissen Gewinn für die ersten Jahre. Ist die Fernversorgung aber erst durchgeführt, haben sich die Städte in das Abhängigkeitsverhältnis des Thyssenkonzerns begeben, dann sind sie diesem auf Geheiß und Verberben ausgeliefert.

Den rheinischen Gemeinden ist der Kubikmeter Kokerreigas mit 4,35 bis 4,5 Pf. frei Gasometer angeboten worden. Die Stadt Essen bezahlt pro Kubikmeter 3,48 Pf., Gelsenkirchen 4 Pf., Oberfeld 4,6 Pf., Barmen 4,35 Pf. Die Gemeinden, die Gas von Barmen beziehen, zahlen 4,75 Pf. Die Stadt Hamm muß an die Ruhr-Rabba 7,7 Pf. pro Kubikmeter zahlen.

Es ergibt sich nun die Frage, ob ein modern eingerichtetes Gaswerk ebenso billig produzieren kann. Das muß auf jeden Fall bejaht werden. Angenommen, die Stadt Köln würde den Kubikmeter Kokerreigas zum Preise von nur 4 Pf. frei Gasometer erhalten, dazu die Verzinsung und Abschreibung des bestehenden Gaswertes, so würden sich mindestens 5 Pf. Einkaufspreis ergeben.

Die Allgemeine Ofenbaugesellschaft Frankfurt a. M. garantiert bei dem Bau von Vertikal-Kammeröfen eine Produktion wie folgt: pro 100 Kilogramm Rohle Trockenbetrieb 30 Kubikmeter Gas mit 4700 Wärmeinheiten, Raßbetrieb 43 Kubikmeter Gas mit 4400 Wärmeinheiten, Raßbetrieb 46 Kubikmeter Gas mit 4320 Wärmeinheiten, Raßbetrieb 48 Kubikmeter Gas mit 4250 Wärmeinheiten. Unter Raßbetrieb ist zu verstehen Zuführung von Dampf und dadurch Zusatz von Wasserdampf. Falls die angegebene Menge Gas nicht erzielt wird, verpflichtet sich die Firma zu erheblichem Schadenersatz. Demnach werden also von 1000 Kilogramm Rohle 460 Kubikmeter Gas mit 4320 Wärmeinheiten produziert. Danach ergibt sich für ein modern eingerichtetes Gaswerk folgende Berechnung:

1000 Kilogramm Rohle frei Wert	24,00 Mf.
Verzinsung auf je 1000 Kilogramm Rohle	2,00 "
Abschreibung auf je 1000 Kilogramm Rohle	3,00 "
Lohn auf je 1000 Kilogramm Rohle	2,00 "
Gesamtausgaben	31,00 Mf.

Diesen Ausgaben stehen folgende Einnahmen gegenüber:

Veräußerter Koks 600 Kilogramm	12,00 Mf.
Teer 40 Kilogramm	2,00 "
2,6 Kilogramm Benzol, reiner Verdienst	0,35 "
4,6 Kilogramm Ammoniak, reiner Verdienst	0,50 "
Gesamteinnahmen	14,85 Mf.

Die Einnahmen von den Ausgaben abgezogen, bleibt ein Betrag von 16,15 Mf. für die Erzeugung von 460 Kubikmeter Gas mit einem Heizwert von 4320 Wärmeinheiten. Nichts beträgt der Selbstzeugerpreis pro Kubikmeter 3,5 Pf. Aber selbst wenn von der Tonne Rohle nur 390 Kubikmeter Gas bezogen werden, wären die Selbstzeugerkosten auf 4,19 Pf. pro Kubikmeter Gas kommen.

Damit ist bewiesen, daß Gaswerke mindestens so billig, ja billiger produzieren, als sie das Gas vom Thyssen-Konzern bekommen können. Es steht fest, daß kleinere, modern eingerichtete Gaswerke heute schon das Kubikmeter Gas für 16 Pf. an die Konsumenten

abgeben. Wenn das kleine Werke ermöglichen können, dann muß es für das große Kölner Gaswerk erst recht möglich sein, das Gas zu mindestens für denselben Preis abzugeben. Dazu braucht man nicht den Bezug von Zechengas, sondern das ist mit dem Ausbau des eigenen Gaswerkes möglich, das Gas billiger zu produzieren und infolgedessen auch billiger an die Konsumenten abzugeben.

Es kommt aber noch etwas anderes in Frage. In dem Augenblick, wo eine Stadt auf die kommunale Gaszerzeugung verzichtet und Kotereigas bezieht, ist sie auch gezwungen, den für die Beheizung der öffentlichen Gebäude notwendigen Koks von den Gaslieferanten zu beziehen. Der Kotereikoks ist zumeist um 80 bis 100 Proz. teurer als der selbstgezeugte Gastoks. Die Stadt ist also nicht nur in bezug auf die Gaslieferung, sondern auch in bezug auf die Kokslieferung von den Kapitalisten abhängig. Das gleiche trifft für die Bevölkerung zu in bezug auf Teer und Ammoniak.

Wertwärtigerweise wissen die Gemeindeparlamente von diesen Plänen offiziell nichts. Bisher wurde hinter den Kulissen gearbeitet. Eines schönen Tages wird man die Stadtparlamente überrumpeln, indem man ihnen plausibel macht, daß die Gaswerte nicht mehr genügend rentabel und daher der Bezug von Kotereigas für die Gemeindefinanzen zu empfehlen sei. Man ist damit auf dem besten Wege, einigen wenigen Kapitalisten eine Monopolstellung im ganzen Rheinland und darüber hinaus in die Hände zu spielen. Diese Monopolstellung gibt diesen Herrschaften ganz ungewöhnliche Machtpositionen, die sich zum Verderben der gesamten Gemeindefinanzen im Rheinland auswirken können. Für die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei kann aber die Stellungnahme hierzu kein Zweifel bestehen. Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratischen Partei zeigt den Weg, der zu gehen ist. Es muß einer Entkommunalisierung der Gasproduktion der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. htz.

Bilder des Elends.

Die äteste und rückständigste Form der kapitalistischen Produktionsweise ist die Haus- und Heimindustrie. In ihren Anfängen erscheint sie oft als Wohltäterin des armen Bauern und Handwerkers. Seit die Heimindustrie aber vom Manufaktur- und Maschinenbetrieb überholt ist, vermag sie sich nur durch stieberhafte Anstrengung der Arbeitskraft aufrechtzuerhalten. Die Zersplitterung der Heimarbeiter lähmt ihre Widerstandskraft gegen das Kapital, und der fortwährende Druck auf die Löhne zwingt sie, den Arbeitstag bis an die Grenzen der physischen Möglichkeit auszudehnen. Die Geschichte der „elendsten Bewohner vielleicht von ganz Europa“, — wie 1810 ein amtlicher Berichterstatter das Weberproletariat bezeichnete, ist noch heute schauernd in unserm Gedächtnis. Der Seele dieser gequälten Weber entrang sich ein Lied, dessen schlichte und schmucklose Verse ergreifend widerpiegeln, wie ihnen wider Trost erwuuchs in ihrem endlosen Jammer. Die Weber selbst schufen das Lied, sie reichten Wort an Wort, Satz an Satz, bis der Text abbrach, weil knatternde Salven den Hungeraufstand niederzuschlugen. Das Lied begann: Hier im Ort ist das Gericht viel schlimmer als die Femen / Wo man nicht mehr ein Urteil spricht, das Leben schnell zu nehmen.

Das gute Bewerbungsschreiben.

Sag, was du willst, kurz und bestimmt,
Laß alle schönen Phrasen fehlen.
Wer nutzlos unsere Zeit uns nimmt,
Besteht uns und: Du sollst nicht stehen! —

War mancher Kollege, der in die Verlegenheit kommt, ein Bewerbungsschreiben einzureichen, weiß nicht, wie er das Ding drehen soll. Da wird oftmals von Herodes zu Pilatus gelaufen, jeder gibt seinen Senf dazu und wenn die Sache endlich richtig in Fluß kommt, dann ist schon das Beste von der Bewerbung in die Wägen gegangen. Als schreibgewandter Mensch habe ich Gelegenheit gehabt, von sonst ganz intelligenten Kollegen, die politisch und gewerkschaftlich gut beschlagen sind, in Bewerbungsschreiben Einsicht zu nehmen.

Da schlägt man mitunter die Hände über den Kopf zusammen, was da für ungerichtetes Zeug zu Papier gebracht wird und, was noch viel schlimmer ist, in die Welt hinausgeht. Seine liebsten und besten Freunde erkennt man kaum wieder, so entsetzt steht eine sympathische Persönlichkeit dann da. Alle Möglichkeiten werden versprochen, Verdienste hervorgezogen, die im solidarischen und gewerkschaftlichen Sinne selbstverständlich sind. Wie soll da erst ein fernstehender Mensch ein Bild von dem Schreiber finden, wenn er es selbst, ungewollt allerdings, so verunzert und auf den Kopf stellt?

Es soll versucht werden, in nachstehendem einige Anhaltspunkte zu geben. Ein Formular für diese Schreibweise gibt es nicht und wer da glaubt, seine Lieben Mitmenschen durch einen Briefsteller für

in das Drama von Peterswaldbau und Langenblelau wurden wir zuerst erinnert bei der Beschäftigung der deutschen Heimarbeiterstellung in Berlin. Die Produkte, die dort zu sehen waren, werden von Heimarbeitern hergestellt. Photographien zeigen die Arbeitsräume, die diesen Leuten zur Verfügung stehen. Vielfach dienen sie als Wohnraum, Küche und Schlafgemach und außerdem noch als Arbeitsraum. Doch nicht nur der Mann oder die Frau sind mit Heimarbeit beschäftigt, sondern auch die Kinder bis zum zartesten Alter. Ein Stundenverdienst von 3 Pfennig ist oft der Lohn. Der allergrößte Teil der Ausstellungsgegenstände stammt von den Gewerkschaften der drei großen Richtungen und dem Verband katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen. Ueberraschend wenig Gegenstände haben die Beamtenverbände beigebracht, die herangezogen waren, um die mittelständische Heimarbeit, die sich in Beamtenfamilien vielfach findet, zu erfassen. Angst vor Verlust des Nebenverdienstes und mangelhafte Organisation der Ermittlung scheinen an diesem Versagen schuld zu sein. Auch vom Bund deutscher Frauenvereine und dem ihm angeschlossenen Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine ist nicht viel eingegangen.

Ganz vereinzelt traten „Zentralen für private Fürsorge“ als Aussteller auf. Mit erfreulicher Großzügigkeit hatte sich die badische Gewerbeaufsicht als Ausstellerin betätigt. Neben dem Sonneberger auch das bayerische und preussische Amt. Von den paritätischen Fachauschüssen, die das Hausarbeitsgesetz vorgeschrieben hat, erschienen Cassel, München und Frankfurt a. M. als Aussteller. Endlich hatten auch vereinzelt Arbeitsnachweise Material beigebracht. Die kritische Verarbeitung des Ausstellungsergebnisses wird Aufgabe der Gewerkschaften bleiben, einen Abriß aber schon heute zu geben, ist unsere Pflicht.

Ein Kapitel für sich bildet die Heimarbeit in der deutschen Tabakindustrie: Hier werden Heimarbeiter nur noch in der Zigarrenherstellung beschäftigt. Eine amtliche Enquete vom Jahre 1893, die zur Begründung der damals beabsichtigten Tabakbesteuerung aufgenommen war, stellte fest, daß von 23 407 ermittelten Heimarbeitern 22 142 in der Zigarrenindustrie, 517 in der Zigarettenindustrie, 485 im Schnupftabak, 221 im Rauchtobak und 42 im Rauchtobakgewerbe beschäftigt waren. Bis etwa zum Jahre 1913 hatte die Heimarbeit in der Zigarettenindustrie sich weiter vermehrt. Seitdem aber hat die technische Vervollkommnung der Zigarettenmaschine so gewaltige Fortschritte gemacht, daß die Handarbeit völlig der Maschine weichen mußte. Damit ist auch die Heimarbeit bei der Zigarette verschwunden, weil eben die Maschine um ein vielfaches billiger arbeitet, als es die allerbescheidenste Heimarbeiterin zu tun vermöchte. Die Zigarrenherstellung erfordert keine komplizierten Einrichtungen, einige Tische und Stühle, Rollbretter, Wälzformen, Messer und Rahmen zum Auflegen der fertigen Zigarren genügen, um eine brauchbare „Fabrik“ entstehen zu lassen. So hat in wenigen Jahrzehnten die Heimarbeit in der Zigarrenherstellung eine bedeutende Ausbreitung erfahren und dazu beigetragen, daß die Lage der gesamten Arbeiter in der Tabakindustrie so überaus hoffnungslos gestalten konnte. In der Tabakindustrie mehr noch als anderswo hat

alle Fälle beglücken zu können, der ist entweder ein großer Idealist, oder ein gewissenloser Spekulant auf den Geldbeutel der Dummen. Ebensovienig wie man Privatbriefe an Freunde und Bekannte einheitlich verfassen kann, ebensovienig läßt sich das Bewerbungsschreiben nach einem bestimmten Schema schreiben. Es kommt immer auf die Person an, die schreibt und auf die, an die man schreibt.

Man unterscheidet die verschiedenen Arten von Bewerbungen: I. An Behörden. II. An Privatbetriebe. III. An Organisationen.

I. An Behörden werden wohl aus unserem Kollegenkreise die meisten Bewerbungen gehen. Man darf nie vergessen, daß wir in einer Republik leben, in der jeder Staatsbürger sich frei bewegen kann. Da sind alle und jede Höflichkeit wie „Hochwohlblöblich“ usw. zu vermeiden. Die Zeiten, wo dieser Pop- und Junstgeist herrschte, sind überwunden, und wir sind doch gewiß die letzten, die diese Zeiten herbeisehen. Hier kann jeder von uns sich auf seine Tätigkeit berufen und einiges aus seiner früheren Tätigkeit anführen, wenn es für die Neubewerbung in Frage kommt. Sonst lasse man allen förmlichen und weltläufigen Sermon beiseite. Will eine Behörde Auskunft haben, so bekommt sie diese viel besser, als wenn der Bewerber von einem zum anderen haspelt. Mit einer Bitte um wohlwollende Berücksichtigung kann man das Schreiben mit „Ergebnis“ ruhig beenden; alles andere dem Glück oder Zufall überlassend.

II. An Privatbetriebe. Fabrikanten, Firmeninhaber, überhaupt alle Geschäftsleute wollen von dem Bewerber durchweg

die Frauenarbeit fortgesetzt zugenommen. Erfordert doch die Herstellung von Zigarren, das Verpacken von Zigaretten und anderer Tabakfabrikate keine besonderen physischen Kräfte. Allein die schrecklich niedrigen Löhne hielten den Zustrom männlicher Arbeitskräfte davon ab, hier eine Existenzgrundlage zu suchen. In der Tabakindustrie betrug der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Inhaber, Aufsichtspersonal usw.) im Jahre 1882 60,1 Proz. Er steigerte sich bis zum Jahre 1895 auf 59,2 Proz., 1907 betrug der Prozentfuß 63,2. Für 1921 ergeben die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsamter 72,6 Proz., während die Erhebungen des Tabakarbeiterverbandes für Ende 1921 schon 78,6 Proz., für 1922 sogar 81,5 Proz. ergaben. — Die Arbeitsverhältnisse und Löhne in der gesamten Zigarrenindustrie Deutschlands sind seit 1920 durch Reichstarif geregelt. Der Tarif, der am 3. März 1925 erneuert wurde, bestimmt:

„Den Heimarbeitern darf wöchentlich nur soviel Rohtabak zur Verarbeitung gegeben werden, wie zu ihrer Beschäftigung in der für Fabrikarbeiter festgesetzten Arbeitszeit notwendig ist. (Grundsätzlich steht der Tarif die 48stündige Arbeitswoche vor.) Arbeiter im festen Arbeitsverhältnis dürfen keine weitere Arbeit bestellen. Ferien erhalten die Heimarbeiter jährlich vier Tage unter Fortzahlung ihres durchschnittlich verdienten Lohnes.“

Zweifellos sind durch die Festsetzung der Löhne für die Heimarbeiter nennenswerte Verbesserungen erreicht worden, jedoch ist es den gewerkschaftlichen Organisationen noch nicht gelungen, allgemein Lohnrückläge durchzusetzen für Miete, Licht, Heizung und Arbeitsverhältnisse, die durch das Abblefern der Fabrikate und Holen des Rohtabaks eintreten.

Neben dem Tabakarbeiterverband haben auch der Holzarbeiter- und der Lederarbeiterverband kurz gefaßte Sonderdrucke über die Heimarbeit in ihrem Gewerbe herausgebracht. In der Holzindustrie sind zwei Heimarbeitergruppen zahlreich vertreten. Zahlenmäßige Angaben lassen sich nur schwer machen. Trotz des gesetzlichen Versicherungszwanges sind nicht einmal alle ständigen Heimarbeiter gemeldet und natürlich erst recht nicht die vielen zehntausend Frauen und Männer, denen die Heimarbeit mehr Nebenbeschäftigung ist. Das Unternehmertum gedeiht prächtig bei der Heimarbeit, besonders von der Metropole der Bürsteneindustrie läßt sich das feststellen. Der Schönheider Bürsteneindustriebezirk umfaßt 15 Orte. In acht von diesen war vor dem Weltkriege keine Bürsteneindustrie. Im ganzen Bezirk gab es 1914 etwa 60 Betriebe, heute sind es 170. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Betriebsarbeiter von 1800 auf 3100 erhöht. Das ist eine geradezu glänzende Entwicklung. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürsteneindustrie sind tarifvertraglich geregelt. Für Facharbeiter ist der Mindestlohn 48 Pf. Die Arbeiterinnen erhalten 70 Proz. des Männerlohnes. Fast alle Beschäftigten mit Ausnahme der Holzplagarbeiter arbeiten in Akkord, sie erzielen einen durchschnittlichen Verdienst, der 20 Proz. über dem Tariflohn liegt. 1922 wurde eine neue tarifvertragliche Regelung geschaffen, die den Akkordpreis auf 50 Proz. des Satzes festsetzt, der im Betrieb gezahlt wird. Heute

etwas mehr wissen über seine frühere Tätigkeit. Man vermeide jedoch, zu weitgehend zu werden. In der Kürze liegt die Würze, heißt es auch hier. Erweckt die Bewerbung Interesse, so wird die Firma schon den Betreffenden zu sich beordern oder brieflich über dieses oder jenes Aufklärung verlangen. Der Geschäftsmann ist viel beschäftigt, oder er glaubt es wenigstens zu sein. Dem mußt du von vornherein Rechnung tragen. Meistens genügt eine Anfrage, ob in dem betreffenden Fache eine Kraft gebraucht wird, bis der Bewerber auszufüllen in der Lage ist. Hier unterzeichnet man mit „Hochachtungsvoll“, denn der Fabrikant will seine Persönlichkeit (natürlich auch den Geldsack, auf dem er sitzt), respektiert wissen; das muß man berücksichtigen.

III. An Organisationen. Hier kommen in Betracht: Die Partei, die Gewerkschaft und die Genossenschaft. Bei Partei und Verband kommt die örtliche und die Hauptverwaltung in Frage. Die Ortsverwaltung zieht Kräfte aus der örtlichen Mitgliedschaft. Je größer die Zahl der Bewerbungen ist, desto größer ist das Interesse für die Bewegung, desto erfreulicher ist es für den Vorstand. Jeder, der schriftlich und organisatorisch bewandert ist, hat die Pflicht, sich zu melden. Das ist er sich selbst und auch der Organisation schuldig. Kann auch nicht jeder Bewerber eingestellt werden, so ist es doch ein erfreulicher Beweis für die Intelligenz der Kollegen bzw. Genossen. Für die Hauptverwaltung kommen meistens Kräfte in Frage, die durch und durch in organisatorischen Fragen bewandert sind. Diese ergänzen sich größtenteils aus den örtlichen Verwaltungsangestellten, da sie dank ihrer Tätigkeit und ihrer Erfahrungen sich am besten eignen.

werden die tariflichen Vereinbarungen nicht mehr eingehalten. Die Folgen schildert der Vorstand des Holzarbeiterverbandes so:

Wir trafen eine Heimarbeitersfamilie in einer alten Bauernstube. Der Vater, 60 Jahre alt, schnitt Kochlöffel, er verdient in acht Arbeitsstunden 1 bis 1,10 Mt. Zwei Töchter, 32 und 36 Jahre alt, geben Bürsten ein. Die Frau des Nachbarn mit ihrer 12jährigen Tochter und ein 13jähriger Junge einer anderen Familie haben ihre „Werkstatt“ auch in diese Bauernstube verlegt, um beim Bürsteneinstecken etwas Unterhaltung zu haben. Eine geübte Einzelberlin kann in acht Arbeitsstunden 2500 Koch einziehen. Für 1000 Koch werden 56 Pf. gezahlt, so daß der Tagesverdienst 1,40 Mt. beträgt. In anderen Familien werden bis herunter zu 8 Mt. die Woche „verdient“. Die starke Mitarbeit schulpflichtiger Kinder wird schulamäßig besteuert. In der Eigenindustrie, bei den Korbmachern in Oberfranken, in der Spielwarenindustrie des Erzgebirges, bei den Heimarbeitern im Thüringer Wald, den Eisenbedreibern im Oberrhein, den Bettfedermachern in Hohenollern, überall finden wir dasselbe trostlose Bild des Jammers.

Es ist im Rahmen dieses Artikels ganz unmöglich, den moralisch niederschmetternden Eindruck, den die Verhältnisse in der Heimindustrie auf uns ausüben, eingehend darzulegen. Ist uns doch bekannt, daß so manche Familie unserer Kollegenchaft Heimarbeit verrichtet, nur um etwas zum Einkommen des Ernährers beizusteuern. Wir gehören nicht zu denen, die meinen, die Heimarbeit ist in unserer heutigen Produktionsweise zu entbehren. Man werfe nur einen Blick auf das statistische Anwachsen der Zwerg- und Mittelbetriebe, um zu finden, wie ausgebreitet gerade hier die Heimarbeit ist. Weil der Mensch nicht wie die Pflanze die Nahrung durch die Natur zugeführt bekommt, wird er alle sich ihm darbietenden Möglichkeiten ergreifen, um seinen Körper zu umhüllen und den Bedürfnissen des Wagens gerecht zu werden. Die Heimarbeiter in die Kampffront der Gewerkschaften einzureihen, ihre Lebensbedingungen erträglich zu gestalten, muß unser Ziel sein. Hieran mitzuhelfen, hat jeder die Pflicht.

• Arbeiter- und Angestelltenversicherung •

Aufwertung von Invalidenrenten. Von dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen wird darauf aufmerksam gemacht, daß der unter obiger Ueberschrift in Nr. 17 der „Gewerkschaft“ veröffentlichte Artikel zu dem Irrtum Anlaß geben kann, daß neben den laufenden Invalidenrenten auch die bereits festgesetzten Witwen-, Witwer- und Waisenrenten vom 1. April d. Js. an durch Anrechnung der auf die vor dem 30. September 1921 bezahlten Beiträge der 2. bis 5. Lohnklasse entfallenden Steigerungslöhe eine Erhöhung erfahren und deshalb ebenfalls umzurechnen sind. Die Fassung des betreffenden Abschnittes läßt tatsächlich eine solche nicht beabsichtigte Auslegung zu. Leider geht die mit dem 1. April d. Js. in Kraft getretene Änderung der Berechnung der Renten aus der Invalidenversicherung nicht so weit. Die laufenden Hinterbliebenenrenten werden von der Aufwertung nicht berücksichtigt. Die hierfür angeführten Beispiele beziehen sich lediglich auf die vom 1. April an neu festzusetzenden Witwen-, Witwer- und Waisenrenten, soweit hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Die Genossenschaft hat durchweg Bewerber in genügender Anzahl vorgemerkt. Hier kommt nur eine Bewerbung auf Sicht, also für später in Frage. Jedoch auch hier soll jeder, der Anteil an der Bewegung hat, dem Vorstand von seinem Willen, der Organisation zu dienen, Kenntnis geben. Es kommen immer Fälle, in denen eine Hilfskraft schnell gebraucht wird. Dann ist es gut, wenn der Vorstand diese schnell aus den Bewerbern herausfinden kann.

Man soll mit Bewerbungen nicht zu freigebig, aber auch nicht zu sparsam sein.

Zum Schluß noch etwas Allgemeines: Knüpfe an eine Bewerbung nie zu große Hoffnungen, damit dir große Enttäuschungen erspart bleiben. Gar leicht scheidet sich dann eine Niederlage ins Herz, die sich in bitteren und ungerechtfertigten Äußerungen Luft machen will. Das vermeide jeder auf alle Fälle. Sodann schreibe mit Ueberlegung und Bedacht, fehl dir die Luft und Sammlung, dann verschlebe die Sache noch etwas, und wenn's nur eine Stunde ist. Dein Schreiben muß Ruhe und Sicherheit atmen, es muß deine volle Persönlichkeit widerspiegeln. Wie ein stilles Landschaftsgemälde uns dem Künstler und der Natur viel näher bringt als ein langweiliger Aufsatz oder eine wortreiche, belanglose Rede, so geht es auch mit dem Bewerbungsschreiben. Es soll uns dem Menschen näher bringen, der sich uns vorstellt. Das geschieht nur durch sachliche Schreibweise und kurze, knappe Wortbildung. Was darüber ist, das ist vom Uebel. S. B.

Beamte

Bekommt die Polizei eine besondere Befolungsordnung? Am 20. Mai 1925 wurde bei Beratung des Etats des Innenministeriums im Hauptausschuß des Preussischen Landtags eine Reihe von Anträgen für die Polizeibeamten angenommen. In diesen wird u. a. gefordert, daß die gesamten Polizeibeamten aus der allgemeinen Befolungsordnung herausgenommen und eine ihren Leistungen, ihrer Verantwortung und den Berufsgefahren entsprechende Befolungsordnung geschaffen werden soll. Auch diejenigen Polizeibeamten, welche im Innendienst tätig sind, sollen mit berücksichtigt werden. Nach Möglichkeit sollen die Polizeibeamten im gesamten Reichsgebiet (also alle Freistaaten) nach einer herausgehobenen Befolungsordnung gleichgestellt werden. Das System der Wohnungsabzüge für die geschlossenen untergebrachte Polizei soll nachgeprüft und verbessert werden. Eine Reihe weiterer Anträge, die den Uebertritt der Schutzpolizei in andere Polizeidienstzweige erleichtern sowie eine bessere Aufstiegsmöglichkeit schaffen, wurden ebenfalls nach längerer Beratung angenommen. Im Interesse der Polizei und der öffentlichen Sicherheit wäre es unbedingt notwendig, daß eine besondere Befolungsordnung für die Polizeibeamten nun tatsächlich auch geschaffen würde. Es ist eine Forderung der gesamten deutschen Beamtenchaft und aller Organisationen, daß das Sperrgesetz überhaupt aufgehoben wird. Eine besondere Notwendigkeit liegt aber für die Polizei vor. Die Tätigkeit eines Polizeibeamten in der Großstadt läßt sich nicht vergleichen mit ähnlichen Stellungen, wie sie heute in Gruppe III, IV und V eingereiht sind. Die Verantwortung der Polizei ist eine wesentlich höhere; diese verrichtet täglich unter Lebensgefahr ihren Dienst und ist in erhöhtem Maße Unglücksfällen ausgesetzt. Das Befolungssperrgesetz sollte am 31. März ablaufen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, welche als Oppositionsparteien ständig gegen das Befolungssperrgesetz redeten, haben jetzt, nachdem sie in der Reichsregierung ausschlaggebend sind, dieses Sperrgesetz um ein Jahr verlängert. Dasselbe Gesetz, das man früher als Unrecht gegen die Beamten bezeichnet hat, wird nunmehr mit ihrer Zustimmung verlängert. Von dieser Reichsregierung ist zu erwarten, daß sie im nächsten Jahre die Verlängerung wieder ausschließt, wenn die Beamtenorganisationen sich nicht endlich aufrufen, mit allen Mitteln hiergegen Stellung zu nehmen. Außerdem müssen die preussischen Polizeibeamten in das allgemeine Beamtenrecht eingegliedert werden. Das hemmende Reichsgesetz, welches das heute verbietet, muß auf schnellstem Wege beseitigt werden, wie das auch der Preussische Landtag verlangt hat. Ein Unfallversicherungsgesetz für Polizeibeamte sollte den gesetzgebenden Körperschaften schnellstens vorgelegt werden. Den Hinterbliebenen der im Dienste verunglückten oder beschädigten Polizeibeamten muß eine ausreichende Rente gegeben werden, wie man das vom Staate verlangen kann. Wann wird übrigens die Uebernahme der Ersatzpolizeibeamten des Industriegebietes erfolgen? Seit Jahren berichten die Ersatzpolizeibeamten ihren schweren Dienst im Industriegebiet, ohne zu wissen, ob und unter welchen Bedingungen sie übernommen werden. Will man etwa auch dieser Gruppe später sagen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“? Die Industrie wird diese Leute nur schwer wieder aufnehmen, so daß jeder einzelne wegen seiner Zukunft in ernster Sorge ist. Die preussische Staatsregierung muß ihr Versprechen, für diese Gruppe zu sorgen, baldigt einlösen. Die Polizeibeamtenschaft aber muß erkennen, daß nicht durch Petitionen und Bittschriften ihre Lage zu verbessern ist, sondern nur eine starke freigewerkschaftliche Organisation die berechtigten Forderungen der Polizeibeamten durchsetzen kann.

• Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter •

Hauptbetriebsratswahl bei der Reichswasserstraßenverwaltung. In Nr. 8 des Reichsverkehrsblattes vom 22. Mai 1925 wird vom Hauptwahlvorstand im Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung das Wahlschreiben für die Hauptbetriebsratswahl bekanntgegeben. Die Wahl findet am Dienstag, den 23. Juni statt. Gleichzeitig werden auch die Wahlen für die örtlichen und bezirklichen Betriebsvertretungen vorgenommen. Im Gegensatz zu früher sind diesmal drei verschiedene Stimmzettel zu verwenden. Diese müssen, soweit sie die örtlichen und Bezirks-Betriebsvertretungen betreffen, örtlich hergestellt werden. Die Stimmzettel für die Hauptbetriebsratswahl dagegen werden vom Verbandsvorstand fertiggestellt und gehen den einzelnen Filialen rechtzeitig zu. Es dürfte nicht unbekannt sein, daß die Christen im Vorjahre eine erhebliche Anzahl Stimmen bekamen. Durch Zufall haben sie nur ein Mandat erhalten. Die Kollegenchaft muß sich dafür einsetzen, daß am 23. Juni die Wahl mit einem vollen Sieg der freien Gewerkschaften ausgeht.

• Aus unserer Bewegung •

Wirtschaftsbezirk Brandenburg. In der Verhandlung am 29. April 1925 wurde mit dem Arbeitgeberverband der Märktischen Gemeinden eine Lohnerhöhung von 4 Pf. für alle Ortsklassen und Lohngruppen vereinbart. Damit steht unser Spitzenlohn auf 66 Pf. pro Stunde. Zu diesem Lohn kommen als Zulagen für Frau und Kind je 3 Pf., Dienstalterszulage von je 1 Pf. pro Stunde für jedes zurückgelegte Dienstjahr bis zur Höchstgrenze von 3 Pf., qualifizierte Handwerker erhalten einen Zuschlag von 3 bis 6 Pf., Vorarbeiter einen solchen von 5 Pf. für die Arbeitsstunde. Für das Halten von eigenem Handwerkszeug wird ein Zuschlag von 1 Pf. zu dem Stundenlohn gewährt. Außerdem Schnupfzulagen nach örtlicher Vereinbarung. — In der Verhandlung am 14. Mai 1925 über den Abschluß eines Bezirkszulageartikels zum R.M.T. gelang es nicht, mit der Tarifkommission des Arbeitgeberverbandes eine Einigung zu erzielen. Es wurde deshalb beschlossen, daß zwischen dem Vorliegenden des Arbeitgeberverbandes und dem Bezirksleiter am 19. Mai 1925 verhandelt werden solle, eine Einigung über die noch strittigen Punkte herbeizuführen, was auch gelang. Mit dem jetzt abgeschlossenen Bezirkszulageartikel enthaltene Bestimmung, daß auch tatsächlich vorübergehend beschäftigte Arbeiter Anspruch auf die Leistungen der §§ 10, 13, 14 des R.M.T. haben, wenn sie drei Monate oder mehr bei derselben Stadtgemeinde beschäftigt sind, konnte aufrechterhalten werden. Zu § 12 Ziffer 8 ist vereinbart: „In denjenigen Orten, in denen auf Grund einer am 30. Juni 1923 gültigen günstigeren Regelung einzelne Arbeiter bereits einen längeren Urlaub erreicht hatten, wird diesen Arbeitern ein Urlaub, jedoch insgesamt nicht über den früher erreichten Urlaub hinaus, gewährt.“ Neu ist auch eine Vereinbarung zu § 6 Ziffer 4, daß diejenigen Arbeiter, die im Dienste ihrer Verwaltung durch nicht selbst verschuldeten Unfall oder durch nachgewiesene Berufsunfähigkeit minderleistungsfähig geworden sind, den vollen Lohn der Lohngruppe, in der sie weiterbeschäftigt werden, erhalten sollen. — Mit dem Arbeitgeberverband der Ostmark wurde am 18. Mai 1925 verhandelt. Der Arbeitgeberverband hatte zu dieser Verhandlung nur seinen Geschäftsführer entsandt, welcher aber keinerlei Vollmacht hatte, um Zugeständnisse zu machen. Infolgedessen verlief die Verhandlung ergebnislos, und die Bezirkschiedsstelle mußte angerufen werden.

Die Konferenz des Wirtschaftsbezirks Brandenburg am 24. Mai im Gewerkschaftshaus in Berlin nahm zunächst ein Referat des Kollegen Dittmer über den kommenden Verbandstag entgegen. Ausgehend von den früheren Verbandstagen ließ Dittmer die Zeit seit dem Verbandstage in Magdeburg Revue passieren. In seinen weiteren Ausführungen schilderte er die Folgen der Inflation für unsere Organisation. Einen breiten Teil des Referats nahmen auch die Betrachtungen über die zu schaffenden Industrieorganisationen und über die Bildungsaufgaben unseres Verbandes ein. Mit dem Referat des Kollegen Dittmer waren die Delegierten einverstanden. Die von der Filiale Potsdam gestellten Anträge zum Verbandstag für den § 33 des Statuts wurden von der Bezirkskonferenz zum Beschluß erhoben. Kollege Kühne referierte dann über den neuen R.M.T. und über die Verhandlungen mit dem Bezirksarbeitgeberverband der märktischen Gemeinden, zwecks Abschluß des Bezirks-tarifvertrages. Ueber die Verhandlungen mit dem kommunalen Bezirksarbeitgeberverband der Ostmark erstattete Kollege Winnig Bericht. Die neu abgeschlossenen Verträge für die Reichsarbeiter sowohl als auch der neue Vertrag für die Chauffeearbeiter der Provinz Brandenburg wurden von dem Kollegen Müller erläutert und besprochen. Die Diskussion zeigte, daß die Delegierten die Arbeit der Verbandsanaestellen zu würdigen wußten. Als Charakteristikum möge hier noch erwähnt werden, daß in vier der fünf brandenburgischen Wahlkreise keine Wahl zum Verbandstage nötig ist, weil die Delegierten sich in diesem vier Wahlkreisen je auf einen Kandidaten einigten. Die Wahl zur Tarifkommission hatte folgendes Ergebnis: für den Arbeitgeberverband der märktischen Gemeinden die Kollegen Förster, Brandenburg, Kalz, Spremberg, Jaenicke, Guben, Seide, Ludenowalde, für den Arbeitgeberverband der Ostmark die Kollegen Armischer, Landsberg, Winnig, Frankfurt a. d. O., Herrmann, Küstlin, für den Arbeitgeberverband im Regierungsbezirk Potsdam die Kollegen Gutschmidt, Neuruppin und Philipp-Nauen. Die Diskussion der Delegierten der Konferenz bewegte sich auf einem hohen geistigen Niveau.

Die mitteldeutsche Gaukonferenz in Magdeburg am 17. Mai 1925 nahm zunächst den Bericht der Gauleitung von dem Kollegen Wachtendorf entgegen. Kollege Sipfel berichtete dann im Auftrage der Mandatsprüfungskommission, daß 72 Delegierte einschließlich der Gauleiter und Kollege Kuppert als Vertreter des

Verbandsvorstandes anwesend sein. In der Diskussion zum Bericht der Gauleitung sprach die Kollegen Larisch-Aischerleben, Priezel-Deßau, Schmidt-Serichow, Voigt-Weißensels, Tebbe-Holzminde, Rahnt-Halle, Raß-Braunschweig und Berger-Salgwedel. Ihre Ausführungen bewegten sich in dem Sinne, daß die Lohnkommission entschieden dahin wirken müsse, daß die Lohnlasten vermindert und die Lohnspannen zwischen Handwerker und Arbeiter auf ein tragbares Maß beschränkt würden. Auch die Lohnhöhen wurden einer Kritik unterzogen, weil sie nicht mit den Ausgaben im Einklang stehen. Mit Freuden wurde begrüßt, daß der Verband trotz der wirtschaftlichen Krise und trotz des Abbaues alle Schwierigkeiten überstanden habe. Die Vertreter gelobten, nach wie vor ihre volle Kraft einzusetzen, damit der innere Kern und Geist der Organisation den Gewerkschaftsgedanken auch weiterhin festigt. Von einem beamteten Kollegen wurde besonders hervorgehoben, daß gerade die im Beamtenverhältnis stehenden Kollegen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine würdige Vertretung ihrer Interessen gefunden hätten. Es sei deshalb dringend erforderlich, daß die Kollegen, die aus Privatdienstverträgen bzw. die im Angestelltenverhältnis stehenden Kollegen der Beamtenfunktion zugeführt würden und mit ihnen verbunden werden. Dann kann man durch ein gemeinsames Handeln auch in der veränderten Form Segensreiches für diese Kollegen tun. Im Schlußwort ging Kollege Wachtenborn auf die Anregungen der Diskussionsredner ein. Er stellte eine Reihe von irrümlichen Meinungen richtig. Besonders ging er auf die Ursachen des Lohnklassensystems ein und verwies auf die gefällten Schiedsprüche, die durch die Presse und in Rundschreiben behandelt worden sind. Die Annahme bzw. Ablehnung dieser Sprüche sei von der Lohnkommission nach bestem Wissen und Gewissen geprüft und entschieden. Es sei der Lohnkommission nicht immer leicht geworden, zu entscheiden, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Krise und der Arbeitslosigkeit habe sie sich des öfteren schweren Herzens genötigt gesehen, den Schiedsprüchen ihre Zustimmung zu geben. Die Lohnkommission kann verantwortlich, was sie bisher getan hat. Sie wird ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, auch für die Zukunft die Interessen der Gemeindegewerkschaft zu vertreten. — Kollege Kuppert streifte dann in seinem Referat die Schwierigkeiten während der Inflationszeit. Mit Einführung der neuen Währung habe sich der Verband bald erholt. Er sei als Ganzes jetzt wieder in der Lage, allen statutarischen Ansprüchen gerecht zu werden. Erfolgreich sei, daß sich die Mitgliederzahl nicht nur gehalten, sondern trotz der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit sogar gehoben habe. Das Organisationsverhältnis sei das denkbar beste. Auch die Bildungsbestrebungen seien vom Verbandsvorstand der größten Aufmerksamkeit gewidmet worden. Eine frühere Anregung auf Schaffung von Ferienheimen für die Mitglieder habe den Verbandsvorstand beschäftigt. Ein endgültiger Abschluß konnte infolge der hohen Kosten noch nicht getroffen werden. Man wird sich mit dieser Frage noch eingehend beschäftigen. Nach einer besonderen Darlegung der Vermögensverhältnisse des Verbandes und anderer interner Verbandsfragen behandelte er die Statutenvorlagen des Verbandsvorstandes und des Beirates. Eine Diskussion zu diesem Referat wurde nicht gewünscht, wodurch die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes und des Beirates einmütig gebilligt wurde. — Ueber losentstandene Fragen sprach Kollege Uebe. Besonders behandelte er die Schwierigkeiten, die entstehen, wenn er am Vierteljahrsschluß nicht pünktlich im Besitz der Filialabrechnungen ist. Er führte u. a. aus, daß jede Filiale in der Lage sei, pünktlich die Abrechnungen zu machen. Je mehr Ordnung in einer Filiale herrscht, desto pünktlicher und leichter ist auch die Arbeit. Wenn es sich um einige weit abliegende Poststellen handelt, wo es dem Kassierer nicht möglich ist, die Marken von den Untertassieren pünktlich hereinzubekommen, so müssen diese eben auf das andere Quartal übernommen werden. Nicht allein das Gau-Bureau leidet unter der Säumigkeit mancher Filialen, sondern auch der Verbandsvorstand kann wegen der fehlenden Filialen keinen Gesamtabschluss machen. Ferner wies Uebe auf die Berichtstarten für das Statistische Amt hin. Auch hier wird viel gesündigt. Teilweise ist es sogar vorgekommen, daß nicht nur verspätet, sondern Filialen überhaupt nicht berichtet haben. Solche Fundamente erfüllen eben ihre Pflicht nicht und es kann dann die Vermutung nahelegen, daß auch die Organisations- und agitatorischen Arbeiten nicht so erledigt werden, wie es erforderlich ist. Für die Zukunft müssen alle derartigen Arbeiten mit größter Sorgfalt behandelt werden, weil alle diese Dinge notwendig sind, um bei den Zentralkassen die praktische Arbeit so zu leisten, daß alle Wünsche der Kollegen erfüllt werden können.

Die Gaukonferenz Pommern am 24. Mai, in Steinitz, war besucht von 31 Delegierten aus 22 Filialen. Nicht vertreten waren 18 Filialen. Der Gau zählt gegenwärtig 40 Filialen mit rund 5000 Mitgliedern. Den Geschäftsbericht gab Kollege Schmidt. Die Lohn- und Tarifgestaltung der Gemeindegewerkschaft erfolgte teils durch zentrale Regelung mit dem Arbeitgeberverband, teils örtlich. Festgestellt wurde, daß dort, wo die zentrale Lohnregelung durch den Arbeitgeberverband erfolgt, und örtlich auch dort, wo in den Gemeindeparlamenten eine bürgerliche Mehrheit besteht, die Löhne äußerst niedrig sind und in keiner Weise der Teuerung Rechnung tragen. Nach der zentralen Regelung erhält ein ungelerner Arbeiter über 24 Jahre in der Ortstasse III einen Stundenlohn von 39 Pf., also

16—17 Mk. Rahezu doppelt so hoch sind dort die Löhne, wo die Regelung örtlich erfolgt und Sozialdemokraten entscheidenden Einfluß in den Gemeindeparlamenten haben. Auch die Reichs- und Staatsarbeiter leiden schwer unter der Teuerung, da auch sie sich mit Löhnen in ähnlicher Höhe abfinden müssen. Und bei alledem gehen die Behörden und die Arbeitgeberverbände fortgesetzt dazu über, die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit zu beseitigen. Wurden doch allein bei den Tarifverhandlungen der Gemeindegewerkschaft im Jahre 1924 80 Verschlechterungsanträge gestellt, die er freilichweise zum größten Teil abgewehrt werden konnten. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Kreisgewerkschaften. Dort, wo noch sozialistische Landräte sind, bestehen entsprechend der Arbeitszeitordnung der Achtstundentag und bei weitem höhere Löhne als dort, wo bürgerliche Landräte herrschen, die nicht nur den niedrigeren Löhne zahlen, sondern trotz längerer Arbeitszeit in den Kreisen aus, in denen die Wähler nicht oder schwach organisiert sind. Am schwersten zu leiden aber hat unstreitig die Kollegenschaft in den Provinzialheilanstalten, woselbst das Pflegepersonal eine Arbeitszeit zu leisten hat, die einschließlich der Dienstbereitschaft bis zu 132 Stunden pro Woche beträgt. Trotz der heftigsten Kämpfe, die von der Organisation jahrelang bis in die höchsten Instanzen geführt wurden, war es bisher nicht möglich, hier Wandel zu schaffen. Hinzu kommt, daß infolge der andauernden politischen Rechtschwenkung unseres Volkes der gesamten Arbeiterklasse weitere Verschlechterungen in der Lebenshaltung drohen. Jolle auf Brot, Fleisch, Fett, Kartoffeln, Tabak und Industriewaren sind von der erstarnten Reaktion geplant. Da heißt es zusammenzufassen, um durch eine festgefügte Organisation die in Aussicht genommenen Angriffe abzuwehren. — Kollege Kuppert vom Verbandsvorstand sprach sodann über die Aufgaben unseres Verbandes. Er gliederte die Aufgaben nach innen und nach außen und ging des näheren auf die Statutenvorlage und auf den bevorstehenden Gewerkschaftskongress ein. Seine Ausführungen gaben den Kollegen zahlreiche und interessante Anregungen. In seinem Schlußwort erwähnte Kollege Schmidt die Kollegenschaft zu eifriger Mitarbeit. Alle noch der Organisation fernstehenden Kollegen sind heranzuziehen, um für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein.

Die Gaukonferenz in Thüringen am 23. und 24. Mai 1925 im Gewerkschaftshaus in Jena war besucht von 31 Delegierten und einer Anzahl Gäste. Vom Verbandsvorstand war Kollege Schulz erschienen. Redakteur Kraus sprach über „Das moderne Schlichtungswesen und die Entwicklung zum Zwangsarbitr.“ In leicht verständlicher Art schilderte er die rechtliche Seite des individuellen und des kollektiven Arbeitsvertrages. Zum Arbeitsvertrag gehört das Schlichtungswesen. Die jetzige Gestaltung bedeutet aber für die Gewerkschaften eine Gefahr, weil zum Teil das Zustandekommen von Arbeitsverträgen in die Hände des Staates gelegt ist und durch die Verbindlichkeit in den meisten Fällen es der Gewerkschaft unmöglich gemacht wird, notwendige Streiks in Anwendung zu bringen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Rünning-Beimar, Stierwald-Erfurt, Richwiens-Hildburghausen, Schulz-Berlin, Becker-Langensalza, Zippel-Erfurt, Kroll-Jena und Hartmann-Jena beteiligten, wurden Fälle aus der Praxis vorgetragen, die die Ausführungen des Genossen Kraus unterstützen. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Stierwald. Er stellte fest, daß im Laufe des vergangenen Jahres eine ständige Mitgliederzunahme zu verzeichnen gewesen ist. Auch die Finanzverhältnisse der Filialen haben sich wesentlich gebessert. Für unsere Gemeinde- und Staatsarbeiter haben wir bis auf wenige Gruppen den Achtstundentag behalten können. Es ist gelungen, das Personal der staatlichen Anstalten in Thüringen einer Unfallversicherung zu unterstellen. Bei den Hauptbetriebsratswahlen in den thüringischen staatlichen Betrieben ist unsere Liste überall gewählt worden. Die Verhandlungen zum Bezirkszusatzabkommen für die Gemeindegewerkschaft sind gescheitert. Die Löhne entsprechen nicht unseren Wünschen. Wenn Gemeinde- und Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, muß hier wesentliches nachgeholt werden. Insbesondere sind die Spannen zwischen den einzelnen Lohngruppen untragbar geworden. Es muß hier baldigst Abhilfe geschaffen werden. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Wachrodt-Erfurt, Hartmann-Jena, Roth-Rudolstadt, Kroll-Jena, Döblich-Sonneberg, Schulz-Berlin, Becker-Langensalza, Wolfram-Römhild. Die Kollegen waren mit der Arbeit der Gauleitung einverstanden und hoffen, daß es im Laufe des nächsten Geschäftsjahres möglich ist, die den Tarif- und Lohnverträgen anhaftenden Schwächen zu beseitigen. Für den Gauvorstand erstattete Kollege Günther-Rühlhau den Bericht. Das Zusammenarbeiten im Gauvorstand war gut. Dann wurden die Anträge zum Verbandstag beraten. Unter „Verschiedenes“ wurden die Namen der aufgestellten Kandidaten zum Verbandstag sowie die vom Verbandsbeirat gewählten Delegierten zum Gewerkschaftskongress bekanntgegeben.

Hannover. In der Versammlung vom 20. Mai gab Kollege Müller den Bericht von den Lohnverhandlungen sowie von den Verhandlungen über den Zusatztarif zum Reichsmanteltarif für die Gemeindegewerkschaft. Der Kommunale Arbeitgeberverband Hannover lehnte eine Lohnhöhung auf der bisherigen Grundblase statt ab, weil nach seiner Auffassung die Notwendigkeit für eine Erhöhung der Löhne nicht vorliegt. Statt dessen unterbreitete er in der Ber-

handlung einen Tarifentwurf, wonach die Lohnsätze prozentual nach dem Lohn des ungerierten Arbeiters der Ortsklasse I errechnet werden sollen, wobei der Lohn des Ungerierten in Ortsklasse I gleich 100 Proz. ist. Zu den bestehenden 3 Gruppen: 1. Gelernte, 2. Ungelernte, 3. Ungelernte, sollte dann noch eine Gruppe 1a, Handwerker kommen. In die Gruppe 1a sollten bis 20 Proz. der Handwerker aufgenommen werden können. Das Entscheidende war aber, daß die Einreihung in diese Gruppen durch die Verwaltung erfolgen sollte. Also nicht etwa durch Vereinbarung mit der Organisation oder durch die Betriebsleitungen gemeinsam mit der gesetzlichen Arbeitervertretung wollte man die Eingruppierung vornehmen, sondern die Magistratsvertreter wollen vom grünen Tisch aus entscheiden. Die bisher gezahlte Schwerstarbeiterzulage sollte ebenfalls bei der Neuerung in Fortfall kommen. Eine Erhöhung des Lohnes wäre nach dem Entwurf nur für den Prozentfuß in Frage gekommen, der von den Magistratsvertretern in die Gruppe 1a eingereicht worden wäre. Es ist selbstverständlich, daß die Tarifkommission dem nicht zustimmte. Die Verhandlungen über den Zusatztarif zum Reichsmanteltarif zeigen dasselbe Bild. Der Reichsmanteltarif läßt zu, daß durch Bezirksvereinbarungen die über den Rahmen des Reichsmanteltarifs hinausgehenden Vergünstigungen erhalten und, wo durch den Reichsmanteltarif 1924 beseitigt, wieder eingeführt werden können. Ein dementsprechender Vorschlag wurde von uns dem Arbeitgeberverband unterbreitet. Dieser lehnte aber nicht nur die Vorschläge ab, sondern suchte bedeutende Verschlechterungen einzuführen. Für die Einstellung der Herren vom Arbeitgeberverband ist folgendes charakteristisch. Durch Schiedspruch des Zentralausschusses wurde im vorigen Jahre festgelegt, daß an den Vorabenden vor den hohen Festen die Arbeitszeit zwei Stunden ohne Lohnkürzung herabgesetzt wird und jede über die verteilte Arbeitszeit hinaus geleistete Stunde nochmals mit dem Tariflohn zu vergüten ist. Dieser Spruch des Zentralausschusses ist nach Ansicht des Arbeitgeberverbandes ein Fehlurteil. Mit juristischer Spitzfindigkeit suchte man diesen Standpunkt zu begründen. Als wir beweisen konnten, daß in fast allen Bezirksstatuten diese Bestimmung enthalten ist, schwiegen sich die dreimal weisen Juristen aus. Auch in der Urlaubsfrage, Bezahlung der Wochenfeiertage sowie der Sonntagsarbeit zeigte man nicht das geringste Entgegenkommen, so daß auch diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden. Seit 1 1/2 Jahren haben wir auf Grund freier Vereinbarung nur eine Lohnbewegung für die Gemeindearbeiter mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen. In allen anderen Fällen mußten die Schiedsstellen entscheiden. Es ist Zeit, daß der Magistrat Hannover dem Beispiel Frankfurt folgt und aus dem Arbeitgeberverband ausscheidet, denn eine Institution, welche ihre Handlungen dauernd durch andere Instanzen korrigieren lassen muß, hat ihren Zweck verfehlt. Die dafür von der Stadtverwaltung ausgeworfenen bedeutenden Summen sind besser für andere Zwecke zu verwenden. Die städtische Arbeiterkassette aber hat aus diesen Vorgängen die Lehre zu ziehen, daß nur durch Einigkeit und Geschlossenheit in der Organisation dem übersteigerten Machtgefühl des Arbeitgeberverbandes ein wirksamer Damm entgegengestellt werden kann.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Bundesausschuh des ADGB. nahm in seiner Sitzung vom 19. Mai, nach einer Rede Leiparts über das Grubenunglück von Dorstfeld folgende Entschließung an:
 „Die in den letzten Monaten zu verschiedenen Maleunglücksfälle sowie die große Zahl der Einzelunfälle im Bergbau haben eine große Erregung unter den Bergarbeitern und der gesamten Bevölkerung hervorgerufen. Die Ursachen dieser vielen Unfälle sind nicht allein in den natürlichen Gefahren, sondern auch in dem immer stärker auftretenden Antreibersystem im Bergbau zu suchen. Die 17. Bundesausschuhung des ADGB. spricht den Verletzten und den Angehörigen der Todesopfer der Grubenkatastrophen ihr herzlichstes Beileid aus und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Grubensicherheitswesen dringend der Reform bedarf. Sie schließt sich den Forderungen auf diesem Gebiete an, die der Verband der Bergarbeiter Deutschlands erhoben und den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Länder am 21. April 1925 unterbreitet hat, und erwartet, daß diese Forderungen baldigst erfüllt werden.“

Dann beschäftigte sich der Bundesausschuh mit der Unterdrückung der Gewerkschaften Dänemarks aus Anlaß der großen Massenarrestierung. Bisher hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem Dänischen Gewerkschaftsbund 400.000 Mk. zur Verfügung gestellt. Der Bundesausschuh beschloß, daß sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften möglichst 50 Pf. pro Mitglied aufbringen sollen. Die für Dänemark bestimmten Summen sollen über den Bundesvorstand geleitet werden, da es sich um einen Kampf der gesamten dänischen Gewerkschaften handelt. An zweiter Stelle behandelte der Bundesausschuh die Frage der Ruhestückabdingungen. Nach eingehender Debatte faßte der Bundesausschuh den Standpunkt der freien Gewerkschaften dahin zusammen, daß grundsätzlich an der Forderung festzuhalten sei, die Industriellen müssen alle ihnen ungerechtfertigter Weise gezahlten Beträge wiedererhalten. Den Arbeitnehmern sind während des Ruhrkampfes und

durch seine Folgewirkungen im besetzten wie im unbesetzten Gebiet schwere Schäden erwachsen. Es wäre untraglich und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, wenn angesichts der allgemeinen Schädigung der deutschen Wirtschaft die Unternehmer der rheinisch-westfälischen Industrie in bevorzugter Weise behandelt würden. Nach wie vor leidet das besetzte Gebiet in höherem Maße unter den Folgen der Stabilisierungskrisis. Die Zahl der Erwerbslosen, und insbesondere derjenigen, die bereits seit langer Zeit durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden müssen, ist im besetzten Gebiet viel höher, als im unbesetzten. Nachdem nunmehr durch Regierungsverordnung den langfristig Erwerbslosen die Erwerbslosenfürsorge entzogen werden soll, ist es unbedingt notwendig, daß eine entsprechende Unterstützung nunmehr von der allgemeinen Fürsorge übernommen wird. Da eine Reihe von Gemeinden aus eigenen Mitteln diese Unterstützung nicht durchführen kann, müssen Landes- und Reichsmittel in genügender Maße den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem muß in größerem Umfange darüber Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, daß die öffentlichen Betriebe das besetzte Gebiet bei der Ueberwindung von Arbeitsaufträgen bevorzugen. Daneben müssen öffentliche Notstandsarbeiten viel mehr als bisher gefördert werden. Der Wohnungsbau im besetzten Gebiet muß in Anbetracht der durch die Ansprüche der Bevölkerung erschweren Verhältnisse aus Reichsmitteln tatkräftiger als bisher gefördert werden, indem für alle von den Besatzungsbehörden beschlagnahmten Wohnungen vom Reich Erlaß geschaffen wird.

• Rundschau •

Kampf den staatlichen und kommunalen Betrieben! Diese Aufgabe steht zurzeit bei den Kapitalisten mit an erster Stelle. Im Interesse des ihnen heiligen Profits mußten bereits Teile der Deutschen Werke stillgelegt werden. Thyssen verliert im Rheinland die gesamte Gasversorgung in die Hand zu bekommen, um damit die städtischen Gasanstalten zum Erliegen zu bringen. Was den Großindustriellen recht ist, ist natürlich der „Vereinigung der Lübecker Sand- und Kieshändler“ und dem „Verein Lübecker Fuhrherren e. V.“ billig. Deshalb prangte auch nachstehendes Inserat in Riesenlettern im „General-Anzeiger“ vom 22. Mai 1925:

Achtung! Die unterzeichneten Verbände erlauben sich, sämtliche interessierten Vereinigungen und Firmen zur Gründung eines „Verbandes zum Schutze der Interessen des freien Handels und Gewerbes gegen die Konkurrenz staatlicher Regiebetriebe e. V., Lübeck“ auf Dienstag, den 26. Mai 1925, abends 8 Uhr, im Saale der „Paulhütte“, Alischstraße 9, ergebenst einzuladen. Es wird um vollständiges Erscheinen sämtlicher interessierten Privatunternehmer gebeten, da die Gründungsversammlung gleichzeitig zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen das Ueberhandnehmen des selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden in ihrer Existenz bedrohenden Konkurrenzkampfes der staatlichen Regiebetriebe werden soll! Die Einberufer: Vereinigung Lübecker Sand- und Kieshändler, Verein Lübecker Fuhrherren e. V.

Die kapitalistische Gesellschaft, die die staatliche und kommunale Gemeinwirtschaft niederbrennen will und auf diese Weise Staat und Gemeinden um die Einnahmequellen bringt, ist es auch, die die Steuern verweigert (soweit diese ihren Geldsack angreifen). Das ist nichts anderes als ein Untergraben des Staates überhaupt. Und nun lese man in ihren Zeitungen und höre in ihren Versammlungen die widerliche Heuchelei, mit der sie von Vaterlandsliebe schreiben und reden. Der Geldsack ist ihr Vaterland und wer an dem rührt, ist in ihren Augen ein Vaterlandsverräter, nicht aber wer Landesverrat verübt in der Form von Steuerlabotage und Zerschlagung staatlicher und kommunaler Betriebe. Damit beweist die kapitalistische Gesellschaft ihre Unmoral. Sie muß hinweg!

• Verbandsteil •

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 89 Abs. 5 des Statuts finden in den nachstehend aufgeführten Wahlkreisen keine Delegiertenwahlen zum 10. Verbandstage in Frankfurt a. M. statt: Die in diesen Wahlkreisen dem Verbandsvorstand namhaft gemachten Kollegen gelten als gewählt:

- A. Selbständige Wahlkreise. Wahlkreis Nr. 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15 (für Reichs- und Staatsarbeiter, Sektoren Gesundheitswesen und Beamte), 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 30, 32, 34, 35, 36, 38, 40, 42, 44, 45.
- B. Zusammengesetzte Wahlkreise. Wahlkreis Nr. 52, 53, 54, 56, 59, 60, 61, 62, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 82, 83, 92, 103.

Die Veröffentlichung des Gesamtergebnisses der Delegiertenwahlen erfolgt, nachdem aus den übrigen Wahlkreisen, in denen eine Wahl stattfinden muß, das Resultat durch den Verbandsvorstand festgestellt ist.

Der Verbandsvorstand.

Verlag: An Postleitung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, 8, Rautenherrenstr. 11, Berlin SW. 11. Redaktion: Emil Tietze, beide Berlin SO. 35. Gleditschstr. 42

Eingegangene Schriften und Bücher

Wie reist man in Oberbayern und Tirol? Ein Wanderbuch zum Lust- und Planmachen. Von Prof. Dr. Karl Ringel. 1928. 15. Auflage mit Berücksichtigung von Nürnberg, München, Regensburg, Augsburg, Salzburg, Innsbruck, Bozen, Meran und der Sommerfrischen. Ganz neue Bearbeitung. 6 Stadtpläne, 4 Grundrisse, 1 Uebersichtskarte, 1 Wandkarte, 9 Bilder. Verlag Friedrich Bahn in Schwerin in Mecklenburg. Preis in Ganzleinenband. 5,80 Mark.

Für den, der durch Oberbayern, Tirol bis Venedig reisen, wandern will, ein vorzügliches Buch. Für den aber, der in irgendeinem Orts Stützquartier nimmt, von da aus kleinere und größere Wanderungen unternimmt und somit die Gegend genauer „erforschen“ und kennen lernen will, bietet es nicht genug. Solche Sommerfrischer bedürfen eines Spezialführers von der Gegend, in der sie ihr Ferienquartier aufgeschlagen haben.

Soziale Bildung. Eine allgemeine Einführung von Dr. Th. Lichauer. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule. Verlag Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Sena, Abteilung Buchverlag. Preis 1,20 Mk.

Die mit diesem Heft beginnende Schriftenreihe: „Die Gewerkschaftsschule“ will der Arbeiterbildungsbewegung ein neues Glied werden. Sie wagt es noch nicht, sich als eine Reihe von Lehrbüchern zu bezeichnen. Immerhin aber erstrebt sie den Titel eines Lehrbuchs, der aus den Erfahrungen einer fünfjährigen Praxis an der Berliner Betriebsrättschule und der Berliner Gewerkschaftsschule herausgewachsen ist.

„Geistigste Wüste.“ Wandernde Worte, weltumgierende Spendwohlsicht, eine Zeit deutscher Geistes- und Kulturgeschichte, ein Bienenstock des deutschen Volkes, so kann man mit Recht „Bismarcks Geistigste Worte“ nennen, die schon 60 Jahre nach ihrem ersten Erscheinen in 27. Auflage von dem angesehenen Verlage der Hande und Speyerischen Buchhandlung (Karl Paschke) in Berlin in unerschütterlicher Ausstattung herausgegeben sind. — Als Dr. Georg Bismarck im Jahre 1863 seine Sammlung zum ersten Male erscheinen ließ, umfaßte sie nur 750 Bände. Unter der Mitarbeit der Gelehrten der ganzen Welt haben seine Nachfolger die Sammlung so erweitert, daß sie heute über 4000 Bände aller Zeiten und Völker bietet. Alle diese „Geistigsten Worte“ bilden — geordnet in 24 Abschnitten — einen abgeschlossenen Bestand, den man mit seinem reich interessanten Quellennachweisen im Zusammenhang lesen kann, der aber auch ein niederlegendes Nachschlagewerk darstellt, das jeder Gelehrte besitzen möchte. Die vorliegende neue Auflage ist ein schlagender Beweis dafür, daß dieses wertvolle Buch nicht an Interesse verloren hat, sondern immer neue Freunde findet. Aber auch den alten Besitzern des Bismarck'schen Werkes bietet die neue Auflage eine reiche Fülle neuen Stoffes aus dem Gebiete der Weltliteratur und Geschichte bis in die jüngste Zeit hinein. Von den etwa hundert neu aufgenommenen Bänden seien als besonders interessant hervorgehoben: Offentliche Meinung — Das Recht auf Arbeit — Kleinfuß davon sprechen, immer davon denken — Gott ist immer mit den härtesten Detaillisten — Proletariat aller Länder vereinigt euch! — Heilcourage (Bismarck) — Ein heiteres Papier (Bismarck-Gespräch) — Wie ich sie aufsaß (Mickhaels) — Der Untergang des Abendlandes (Spengler) — Die verborende Hand (Schubmann) — Überkroten (Stresemann).

„Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“ von Dr. Karl Renner. Verlag: J. F. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68. Ganzleinen 8 Mark.

Die allgemeine Lehre vom Mehrwert und dessen Rolle im Produktionsprozess ist oft und gut, aber der wirtschaftliche Zirkulations- und Konsumprozess nur selten und höchst unvollkommen dargestellt, eine beachtliche

Uebersicht jedoch über den Gesamtprozess der Wirtschaft fehlte bisher beinahe ganz. Selbst belehene Marxisten verraten daher oftmals einen quälenden Mangel an Kenntnis der Zusammenhänge, die sich aus dem Gesamtprozess der Wirtschaft ergeben, und in der Bewegung des Proletariats hat grundlegende Irrtümer über diesen Gesamtprozess debauerlicher Weise früher praktisch geworden als manche Wahrheit, die wir der Marx'schen Denkarbeit danken. Das neue Buch des Genossen Renner will also eine längst fällige Aufgabe lösen, dabei zugleich eine theoretische Lücke ausfüllen und einem praktischen Bedürfnis gerecht werden. In dem übersichtlich gegliederten Werk wird die kapitalistische Wirtschaft als Waren- und Kapitalzirkulation nach Marx'schem System populärwissenschaftlich dargestellt. In den Kapiteln, die die Zirkulation des Einzel- und des Gesamtkapitals darlegen, hat es sich notwendig ergeben, dort, wo die Entwicklung eines stürmischen Halbjahrhunderts zu Marx Zeiten kaum merkliche Ausgänge ausgeht und angebentete Entwicklungsstadien zu Ende geführt hat, wie im Assoziations-Kredit- und Bankwesen, die erforderlichen Ergänzungen zu machen. Da jede Darstellung dieser Gebiete unterstanden bleiben muß, wenn nicht die hier so wichtigen Verkehrsinstrumente (Kette, Wechsel usw.) vorgeführt und erklärt werden, hat Renner dieses Gebiet neu dargestellt. Im letzten Teil behandelt Genosse Renner die Frage der Sozialisierung. Er führt das Wichtigen in der Sozialisierungsfrage darauf zurück, daß wir es in allen Fällen mit Staatseingriffen in die Zirkulation zu tun hatten, die ihr Objekt kaum recht kannten, und so habe das ökonomische Politik die Ökonomie erschlagen, worauf der Angriff sich richtete und die kapitalistische Ökonomie die sozialistische Politik erschlug. Das Studium der kapitalistischen Zirkulation erweist sich so als die Voraussetzung der Sozialisierung. Das Renner'sche Werk unternimmt es, so kurz als möglich den Gesamtprozess der Wirtschaft darzustellen und so aufzuzeigen, worauf das Marx'sche System im ganzen hinaus will. Der Leser, der den Zusammenhang, in dem Marx selbst jede Einzelheit gesehen wissen will, einmal kennengelernt hat, wird jetzt mit Bechtigkeit das „Kapital“ lesen und nicht mehr an der Einzelstelle oder gar am Eingangstor scheitern. In diesem Sinne soll das Buch nach Absicht des Verfassers als Einführungsschrift zu Marx „Kapital“ angesehen werden. Für empfohlen es allen, die mit und der Meinung sind, daß nur aus genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Arbeiterklasse zu praktischer, sozialistischer Politik kommen kann.

UNGEKURZTE SONDERAUSGABE

Karl Marx

DAS KAPITAL

Kritik der politischen Ökonomie.
Eine gemeinverständliche Ausgabe
Preis 2.— Mark, kartoniert

Zu beziehen durch die Abteilung
BUCHER UND SCHRIFTEN
BERLIN SO 39, SCHLESISCHE STRASSE 42

HERMANN ENGEL, BERLIN C 25, Landsberger Strasse 85-87

Täglich ganz besonders günstige Einkaufsgelegenheiten

In Kleidung und Wäsche für Sie und Ihre Familie, Gardinen, Teppichen und Möbelstoffen zur Verschönerung Ihres Heims. Wieder aufgenommen: Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder.

Meine Kreditabteilung bietet Ihnen bequeme erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung trotz meiner bekannt billigsten Preise. Bitte bedienen Sie sich meiner Kreditabteilung. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung.

Meine Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen. Ein besonders für die Versandabteilung geschultes Personal führt ihre Aufträge so sorgfältig aus, als ob Sie die Wahl selbst getroffen hätten.

Verlangen Sie bitte kostenl. Zusendung meiner Prospekt. Bei Anfragen u. Bestellungen bitte ich, auf dieses Blatt Bezug zu nehmen

Ein Kuchen nach
Dr. Oetker's Rezepten
gebacken,
wird Sie in jeder Hinsicht zufriedenstellen.

Bitte versuchen Sie:

Omnibuskuchen

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann
jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.



Zutaten:

200 g Butter,	60 g gehackte Mandeln,
1/4 Pfd Zucker,	80 g Rosinen,
3 Eier, das Weiße zu Schnee geschlagen,	Das abger. Gelbe einer halb. Zitrone od.
1 Pfd. Weizenmehl,	1/4 - 1 Fl. Dr. Oetker's Backöl Zitronen,
1 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“,	1/4 - 1/4 Liter Milch.

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Ei-
gelb, Mehl, dieses mit Backin gemischt, Milch
hinzu und zuletzt die Mandeln, Rosinen, Zitronengelb und den Eier-
schnee. Fülle die Masse in die gefettete Form und backe den Kuchen
in 1 bis 1 1/2 Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften,
wenn vergriffen, gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Reklamepreis nur 4 Mk.



echt deutsche Herren-Arkanuhr Nr. 82, stark verstellb., 30-stündiges Werk, genau reguliert, haubt. . . nur 4,00 Mk.
Nr. 53 dieselbe mit Schärfer . . . nur 4,50
Nr. 51 dies. nicht verstellb. m. Goldrand u. Schmuck . . . nur 5,00
Nr. 55 dieselbe mit kleinerem Werk . . . nur 5,50
Nr. 58 mit Sprünge, ganz verstellb. . . nur 7,00
Nr. 59 Damenuhr, verstellb. mit Goldrand . . . nur 7,50
Nr. 79 dieselbe, kleineres Format . . . nur 10,00
Nr. 81 dieselbe, acht Silber, 18 Stück . . . nur 20,00
Metall-Uhrkoppe . . . nur 0,25
Passerhülse, verstellb. 0,50 Mk., mit verstellb. nur 1,50
mit verstellb. 2,00 Mk. Goldrandhülse . . . nur 3,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Sonnen . . . nur 6,00
Nr. 44 dieselbe, vierstücker Form mit kleinerem Werk . . . nur 12,00
Werk, prima Maschinwerk . . . nur 3,25
Uhrm-Messe Berlin 224 Lessener Str.

Ziehung
12. u. 13. Juni 1925

Ostpreussische Wohlfahrts- Geld-Lotterie

6834 Gewinne
in bar oder Altas
M. 200 000
Hauptgewinn
50 000
" 30 000
" 20 000
" 10 000

Los 3.30 M. Porto und
Lohn 35 Pf.
extra vermindert nach amt. Kasse.

Emil Stiller,
Bankhaus, Hamburg, Holtenauer 37
Sofortige Bestellung erwünscht.

Kennen Sie Kaiser's

Wäschepreis? Sofort verlangen! Oberhemd
mit 2 Kragen nur 3,50 M. Linon-Bettgarni-
turen, 3-teilig nur 11,50 M. H. Bruno Kaiser,
Oberfärbermeister, Str. Dresden.

Gegen Gicht und Rheumatismus

gibt es wohl tausend Mittel, aber wenige
erweisen sich als wirksam genug, um die
sich bereits zu harten Kristallen gebildete
Harnsäure wieder aufzulösen und in ge-
löstem Zustande als Urin auszuschleiden!
Darin aber gerade liegt die Wirksamkeit
des Philippsburger Herbaria-Ocht- und
Rheumatisustee! Er wirkt besond. auf
Harnsäureablagerungen und wirkt mächtig
ausscheidend (harnsäuretreibend). Die von
den vielen Verbrauchern freiwillig ein-
gehenden großartigen Dankschreiben be-
weisen, daß er selbst in vorerwähnten Fällen,
die jahrelanger Behandlung durch andere
Kuren spotteten, volle Erfolge brachte, weil
er Harnsäureablagerungen angreift, auflöst
und ausschleidet, wenn damit durchgreifende
Kuren (6-12 Pakete) gemacht werden. Nur
der hohen Kosten wegen können die massen-
haften Dankschreiben nicht abgedruckt
werden. Prospekte gratis. Paket 2,50 Mk.
Herstellung und Versand Herbaria-Kräuter-
paradies, Philippsburg 308 (Baden).

In der Sammlung
Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“
herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
sind seihen neu erschienen:

- Heft 14: **Der Weg aus der Wohnungsnot**
Finanzierungsversuche und -möglichkeiten von Victor Road, Berlin
- Heft 15: **Die deutsche Literatur**
von Johannes Gut, Berlin
- Heft 16: **Gewerkschaften, Industriemenschheit und Produktionschule**
von Emil Dittmer, Berlin
- Heft 17: **Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft**
von Hermann Mattutat, Stuttgart
- Heft 18: **Die internationale Gewerkschaftsbewegung**
von Dekar Kurpat, Leipzig

Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 Mk., für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.
Die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“ sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die
Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schleifische Straße 42